April 2017
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft
Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD

Lohn(un)gleichheit

Stereotypen und sture Typen: Warum Frauen immer noch zu wenig verdienen

Polit-Thriller: Was bringt uns die «Altersvorsorge 2020»?

KURS: Arbeiten und Angehörige pflegen — Wie geht das?

Viele erwerbstätige Menschen ab 50 sind damit konfrontiert, dass ihre betagten Angehörigen zunehmend Unterstützung brauchen. Der Kurs informiert über Belastungen, Entlastungsangebote und Rechte am Arbeitsplatz und bietet Gelegenheit zum Austausch.

Teil 1: Samstag, 20. Mai 2017, 9.30 – 13.00 Uhr
» Eigene Grenzen der Belastbarkeit, Austausch, Entlastungsangebote

VPOD Zentralsekretariat, Zürich

Teil 2 : Samstag, 10. Juni 2017, 9.30 – 13.00 Uhr
» Betreuungsgutschriften, Pflegevertrag, Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuungsaufgaben
VPOD Zentralsekretariat, Zürich

Ein Kurs für Berufstätige, die Angehörige betreuen oder dies in Erwägung ziehen.

Referentinnen:
» Dr. Bettina Ugolini / Leiterin der psychologischen Beratungsstelle Leben im Alter LiA, Uni Zürich
» Heidi Jost / Teamleiterin Sozialberatung, Pro Senectute Kanton Zürich
» Daniela Schwenderer / dipl. Pflegefachfrau und Teamleiterin, Spitex Zürich Limmat AG
» Christine Flitner / Zentralsekretärin VPOD
» Patrizia Mordini / Zentralsekretärin Syndicom

In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Syndicom. Für Mitglieder von VPOD und Syndicom kostenlos. Nichtmitglieder Fr. 250.- pro Kurs. Bei einem Beitritt zum VPOD entfällt der Betrag.

Online anmelden und Mitglied werden unter www.vpod.ch

vpod ssp
Die starke Gewerkschaft im Service public.

Geniessen auch Sie unbeschwerte Ferientage!

Die Schweizer Reisekasse Reka offeriert 20mal Familienferien in der Schweiz für VPOD-Mitglieder mit kleinem Einkommen.

Viele Familien und Alleinerziehende können von Ferien nur noch träumen, denn das Haushaltsbudget erlaubt es ihnen nicht, die Ferienwünsche zu verwirklichen. In solchen Fällen ist das Angebot der Reka-Ferienhilfe besonders willkommen: eine Woche Ferien für die ganze Familie zum Solidaritätspreis von 100 Franken! 2016 kamen insgesamt 1227 Familien mit 2618 Kindern in den Genuss dieser besonderen Familienferien.

Zur Auswahl stehen 1300 Reka-Ferienwohnungen in der Schweiz. Oder Sie entscheiden sich für einen Aufenthalt inkl. Halbpension im Familienzimmer einer besonders familienfreundlichen Jugendherberge. Das Angebot gilt für Frühlings-, Sommer- oder Herbstferien. Die Reka übernimmt die Kosten für die Ferienwohnung oder den Aufenthalt in der Jugendherberge. Die Reise vom Wohnort zum Ferienort ist inbegriffen. Jede angemeldete Person über 16 Jahre erhält ein ÖV-Ticket für die Hin- und Rückreise. Kinder von 6-16 Jahren erhalten einen Gutschein für die Juniorkarte. Sie bezahlen lediglich den Solidaritätsbeitrag von 100 Franken.

Teilnahmebedingungen:
- Für Familien und Alleinerziehende mit mindestens einem Kind bis 18 Jahre.
- Im Jahr 2016 haben Sie keine Ferien im Rahmen der Reka-Ferienhilfe verbracht.
- Sie sind Schweizer Bürger oder besitzen den Ausweis C (Niederlassung).
- Bei Zweielternfamilien max. Jahreseinkommen* Fr. 57‘000.–
  bei Alleinerziehenden max. Jahreseinkommen* Fr. 47‘000.–
  *inkl. Kinderzulagen und Alimente. Betreuungskosten können abgezogen werden. Ab dem 2. Kind erhöht sich der Betrag um 5000 Franken pro Kind. Das Vermögen ist ebenfalls entscheidend. Sämtliche Einkommen und Vermögenswerte müssen belegt werden.
- Das Angebot gilt nicht für Studierende.

So einfach geht die Anmeldung zur Reka-Ferienhilfe 2017:
VPOD-Mitglieder, welche die Teilnahmebedingungen erfüllen, bewerben sich beim **VPOD** Zentralsekretariat, Postfach 8279, 8036 Zürich oder per Email an tanja.lantz@vpod-ssp.ch.
Folgende Angaben sind zwingend erforderlich: Name, Adresse, Telefon.
Sind Sie eine 1- oder 2-Eltern Familie? Wieviele Kinder haben Sie?
In welcher Region sind Sie **VPOD**-Mitglied?
Weiterführende Informationen unter www.reka.ch.

Themen des Monats

5 **Schluss mit Zusatzschleifen**
Kampf gegen Einstiegshürden vor der FaBe-Lehre

6–7 **«Altersvorsorge 2020» stärkt die AHV**
Warum VPOD und SGB Ja sagen zur Reform

8 **Giftpfeile nach Leutschenbach**
Der Service public beim Rundfunk ist unverzichtbar

9 **Rosa im Regen**
15000 am Women's March in Zürich

11 **Schädliches Home-Office**
Den rechtlichen Schutz für Betroffene anpassen

12–17 **Dossier: Lohngleichheit**
Lohngleichheit bleibt ein Dauerauftrag
Interview mit Anja Derungs, Gleichstellungsstelle
Heidi bekommt nicht, was sie verdient
Cunnilingus und Frauenstimmrecht in Trogen

22–23 Alle 1.-Mai-Termine im Überblick

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**

10 **Aus den Regionen und Sektionen**

19 **Susi Stühlinger:** Die Gartenmesse

20 **Wirtschaftslektion:** Hartnäckige Diskriminierung

21 **Wettbewerb:** Proletarier aller Mannschaften …

24 **VPOD aktuell**

25 **Hier half der VPOD:** Ferien, die keine sind

26 **Solidar Suisse:** Trommeln gegen den Terror

27 **Menschen im VPOD:** Wie Elisabeth Joris die Welt rettet

Redaktion/Administration:
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 3, April 2017
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr

Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

TV-Krimi

Sonntagabend, Krimizeit. In Köln ist Karneval, in Münster Mobbing, in Luzern Tschetschenienkrieg. Beim Münchner Ermittlerteam sind Kommissare und Verbrechen vergleichsweise glaubwürdig – nicht allerdings die Tatsache, dass gewöhnlich einer der beiden Cops (meist Batic) auch amourös in den Fall hineingesogen wird. Nichts von Dauer: Lonesome Cowboy bleibt Lonesome Cowboy. Der «Tatort» ist kein Reality-TV: Echte Kommissariate sind von einer Frauenquote von 40 Prozent noch meilenweit entfernt. Und Originale wie die göttliche Bibi Fellner in Wien – «mit ihren psychischen Problemen und ihrem Hang zum hochprozentigen Jägermeister» (Senderinfo) – dürften es bei der richtigen Polizei schwer haben.

Einen Krimi bot jüngst auch die Schweizer Politik, seit Bundesrat Berset seine «Altersvorsorge 2020» in die Arena geworfen hatte. Hauen und Stechen, Finten und Blockaden, Erpressung und Geiselnahme, Zeter und Mordio. Tatort Nationalratssaal, 16. März: Es hätte morgens bloss irgendwo einer die Treppe runterfallen müssen oder eine Schwangere die Wehen kriegen. Oder eine Grünlabile hätte doch den falschen Knopf gedrückt. Dann wäre die Reform zum Fall für den Bestatter geworden. Zwei Tage später tagt die VPOD-Delegiertenversammlung. Hier ist die Vorlage von links unter Beschuss. Aus dem Welschland. Und von Frauenseite: Die Erhöhung des Frauenrentenalters sei ein zu grosses Zugeständnis. 22 zu 19 lautete das Ergebnis nach emotionaler Debatte – *für* das Paket. Gemessen an diesen Krimis war die Entscheidung im SGB dann nur noch eine laue Landfrauenküche. Nicht gerade 1 gegen 100. Aber 21 gegen 98.

Wie nach so manchem Thriller braucht es Zeit, bis sich die Gemüter beruhigt haben. Natürlich macht die Anhebung des Frauenrentenalters keinen Spass. Bloss war schon länger klar, dass sich ein unterschiedliches Pensionsalter – seinerzeit mit der schwächeren Konstitution der Frau begründet – nicht mehr ewig würde halten und erklären lassen. Es ging also darum, ein Faustpfand von abnehmendem Wert möglichst geschickt zu «verkaufen». So wie 1995, als die Erhöhung von 62 auf 64 Jahre in der 10. AHV-Revision mit den Erziehungsgutschriften und dem Ehegattensplitting aufgewogen wurde, Dreifuss sei Dank.

Auch diesmal fällt der Kassensturz positiv aus, zumal angesichts der realexistierenden Alternativen. Die AHV-Rente wird erhöht, zum ersten Mal seit Jahrzehnten. 840 Franken mehr im Jahr, das ist nicht nichts. Dass die erste Säule von rechts so geschmäht wird, kommt ja nicht von ungefähr: Die AHV ist wirklich bi de Lüt. Denn sie verteilt kräftig um, von oben nach unten und von Mann zu Frau. 2015 zahlten die Frauen 33 Prozent der Beiträge – und erhielten 56 Prozent der Renten. Drauf einen Jägermeister (35 Prozent)!

Hoffentlich hält's: Coiffeur-GAV.

Hoffentlich hält's: Bank Cler.

Die Haare schön: Neuer Coiffeur-GAV

Lohnerhöhungen zur Aufwertung der Berufserfahrung, verstärkter Schutz gegen Lohndumping und Massnahmen gegen Scheinselbständigkeit: Diese Elemente charakterisieren den neuen GAV für das Coiffeurgewerbe, auf den sich die Sozialpartner verständigt haben. Die Bedingungen in dieser Banche sind häufig prekär: Zumal in den Ballungsräumen und entlang der Grenze hat sich der Preisdruck durch Billigsalons erheblich verschärft. Darunter leiden vor allem Coiffeusen ohne anerkannte Ausbildung. Sie kommen neu ebenfalls unter den Schutz des GAV. Nach 5 Berufsjahren verdient man auch ohne Fähigkeitszeugnis mindestens 3800 Franken, mit EFZ gibt's 4000 Franken. Die Ratifizierung dauert bis Mai. | *unia (Foto: ideabug/iStock)*

Höhere Mietzinsmaxima bei den EL

Die heutigen Ansätze für die Mietausgaben reichen für die Beziehenden von Ergänzungsleistungen (EL) hinten und vorne nicht mehr aus. Daher begrüsst es der SGB, dass der Ständerat eine Erhöhung dieser Maxima vorsieht – die Anpassung war längst fällig. Dass die Revision des Ergänzungsleistungsgesetzes gleichzeitig für Verschlechterungen genutzt wird, ist aber skandalös. Wenn man die EL-Bezüger in Billigkrankenkassen zwingt, ist das weder sozial noch effizient. | *sgb*

Grundlage für Versicherungsspitzel?

Der Bundesrat will den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts revidieren. Der VPOD sieht die geplanten Verschärfungen kritisch. Geplant ist zum einen die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für detektivische Observationen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte deren Fehlen festgestellt. Der VPOD wendet sich nicht fundamental gegen solche Massnahmen, verlangt aber strenge Auflagen. Das Recht auf Privatsphäre und der Datenschutz sind zu gewährleisten. Die Observation soll als letztes Mittel und nur dann zur Anwendung kommen, wenn ein begründeter Verdacht nicht anders erhärtet oder entkräftet werden kann. Eine unabhängige Stelle soll darüber entscheiden. Der VPOD wird sich auch in der Vernehmlassung entsprechend äussern. | *slt*

Zementierter Betriebsrat

2015 haben die Zementgiganten Lafarge und Holcim fusioniert. Jetzt erhält der Konzern auf europäischer Ebene eine neue Arbeitnehmervertretung, die für 20 000 Beschäftigte zuständig ist. Die Grundlagen dafür mussten erst geschaffen werden. Bei sämtlichen transnationalen Angelegenheiten – Umstrukturierung, neue Produktionsprozesse, Verlagerung usw. – ist der Betriebsrat fortan anzuhören. Die Unia freut sich, dass auch die Schweiz zum Geltungsbereich der Vereinbarung gehört. | *unia*

Coop ist keine Bank mehr

«Cler» bedeutet auf Rätoromanisch «klar, einfach, deutlich». Die Bank Coop hat das Wort für ihren neuen Namen gewählt: Ab 20. Mai will sie Bank Cler heissen. Dabei werde man die traditionelle Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Genossenschaften fortführen, heisst es. Im März hat die Basler Kantonalbank von der Coop-Gruppe ein Aktienpaket von 10,4 Prozent übernommen; sie hält damit nun 75,8 Prozent der Bank-Aktien. Das Institut wurde 1927 als «Bank der Genossenschaften und Gewerkschaften» gegründet und im Folgejahr in «Genossenschaftliche Zentralbank» umbenannt. 1970 verwandelte es sich in eine Aktiengesellschaft, 1995 in die Coop-Bank. 2000 übernahm die Basler Kantonalbank die Aktienmehrheit und drehte den Namen in Bank Coop. | *slt (Foto: Bank Coop)*

Kurswechsel bei Tamedia gefordert

Die von Tamedia bekanntgegebenen Zahlen für 2016 liegen erneut in einsamen Sphären: ein Plus von 122 Millionen Franken, eine Marge von 11,3 Prozent (Ebit). Damit wächst der kumulierte Gewinn der letzten 10 Jahre auf fast 1,5 Milliarden Franken. Über 400 Millionen davon gingen an Aktionärinnen und Aktionäre, der Verwaltungsrat und die Konzernleitung schöpften gegen 100 Millionen ab. So kann das nicht weitergehen, sagt die Syndicom: Tamedia braucht einen Kurswechsel. Das Geld muss im Unternehmen bleiben und ans Personal und in die publizistische Qualität fliessen. Die Rückkehr der Tamedia unter den GAV Druckindustrie kann per sofort erfolgen, der Presse-GAV Deutschschweiz soll dieses Jahr unter Dach und Fach. | *syndicom*

Noch immer bestehen für die Berufliche Grundbildung im Sozialbereich verfehlte Einstiegshürden

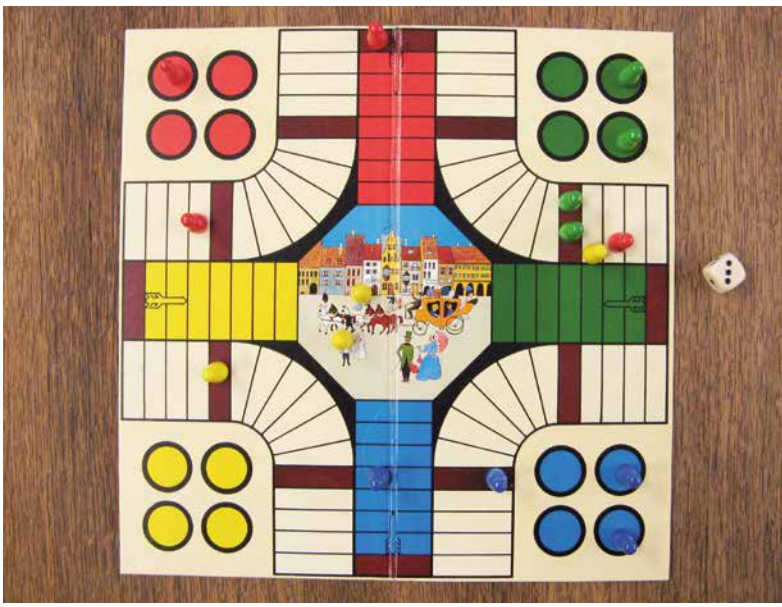
Ehrenrunden ein Ende machen

Nach wie vor ist es Usus, dass die FaBe-Lehre erst nach einem langen Praktikum angetreten werden kann. Der VPOD und auch die Dachorganisation SavoirSocial setzen sich vehement gegen solche Zusatzschleifen ein.

| **Text:** *Christoph Schlatter, VPOD-Zentralsekretär und Vorstandsmitglied SavoirSocial (Foto: Micha L. Rieser)*

«Sie haben mir bei der Kita Spatzenschloss hoch und heilig versprochen, dass ich nach dem Praktikum die Lehre zur Fachfrau Betreuung machen darf. Nach einem Jahr wurde ich vertröstet. Eine Lehrstelle ergab sich auch nach einem weiteren Praktikumsjahr für mich nicht.» Solche und ähnliche Klagen erreichen den VPOD in nicht geringer Zahl: Es ist in der Deutschschweiz immer noch gang und gäbe, den FaBe-Lehrantritt an ein vorgängig zu absolvierendes Praktikum zu knüpfen. (16-Jährige seien nicht «reif» für den Job, heisst es. Wenn dem so wäre, dürfte man sie umso weniger ohne Ausbildung einsetzen!)

Die OdA Soziales Bern hat 2015 Zahlen erhoben: Im Bereich der Kinderbetreuung hatten 86 Prozent der Erstjahr-Lernenden ein Praktikum hinter sich, bei der Behindertenbetreuung waren es 83 Prozent. Die Berufsfachschule Winterthur und die Ostschweizer OdA nennen ähnliche Zahlen: 89 Prozent bzw. 95 Prozent der FaBe-Lernenden im Kinderbereich waren via Praktikum eingestiegen. Etwas tiefer liegen die Werte für die Behinderten- (62 bzw. 69 Prozent) und für die Betagtenbetreuung (51 Prozent). Die Berner OdA hat zudem ermittelt, wie lange das «Antichambrieren» dauerte. Resultat: in den meisten Fällen 1 Jahr, aber für rund ein Viertel der Betroffenen 2 Jahre und mehr!



Kurz vorm Ziel wieder auf Feld 1? Der VPOD kämpft gegen Vorpraktika im Sozialbereich.

Es ist anders gemeint

In allen anderen Branchen ist der direkte Einstieg aus der Sekundarschule in die Berufslehre Standard. Das Bundesamt für Statistik nennt für technische Berufe Zahlen zwischen 80 und 90, für andere EFZ um die 70 Prozent. Der Sozialbereich steht mit 18 Prozent Direkteinsteigenden völlig isoliert da. Solche vorgelagerten Hürden sind ganz offensichtlich «nicht im Sinne des Erfinders». Jedenfalls steht im Berufsbildungsgesetz: «Die Berufliche Grundbildung schliesst an die obligatorische Schule an.» Ausgenommen sind nur begleitete Angebote für Jugendliche mit Bildungsdefiziten.

Das sieht auch SavoirSocial so, die Dach-OdA des Sozialbereichs. Schnupperpraktika von einigen Tagen Dauer begrüsst sie, ebenso jene Praktika, die fest zur Ausbildung gehören – etwa in der Höheren Berufsbildung. Langzeitpraktika aber, die der Lehre vorgelagert werden, sind systemfremd. Der VPOD argumentiert dabei nicht nur mit dem traurigen Schicksal der «Schleifenopfer», die trotz mehrerer Praktikumsjahre am Ende ohne Lehrstelle dastehen. Ebenso wichtig ist der Kampf gegen eine an die Frühindustrialisierung gemahnende und miserabel abgegoltene Beinahe-Kinderarbeit – auch weil diese das Lohnniveau der gesamten Branche nach unten zieht.

Bei den Verbänden und Behörden herrscht Einigkeit: Die Schikanen müssen weg. Der Konsens zeigte sich im Dezember an einem von SavoirSocial einberufenen Runden Tisch, an dem unter anderen das Seco, das SBFI, die Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz, die SODK, das BSV, die Branchenverbände und auch der VPOD vertreten waren. Es war dort unbestritten, dass der direkte Wechsel von der Schule in die Lehre auch im Sozialbereich zur Regel werden muss. Lediglich bei qualifizierenden Brückenangeboten will man Ausnahmen zulassen. Auch die Zahl erwachsener Praktikantinnen soll nach Ansicht des Runden Tisches deutlich gesenkt werden.

Kanton Bern macht Dampf

Welche Mittel dazu taugen, ist weniger klar. Ob die Jugendarbeitsschutzverordnung weiterhilft, ist fraglich: Zwar kann mit ihr für unter 18-Jährige das Nachtarbeitsverbot durchgesetzt werden; mit dem Verbot «gefährlicher Arbeiten» lassen sich die renitenten Kitas aber wohl kaum «erwischen». Bezweifeln mag man auch, dass weitere «Sensibilisierung» noch etwas bewirkt. Zwei Wege dürften daher im Vordergrund stehen: Erstens die öffentliche und mediale Skandalisierung («Wenn Kinder Kinder betreuen …»). Und zweitens die behördliche Intervention. Das Seco hat den Sozialbereich inzwischen unter besondere Beobachtung gestellt. Und in Bern ist die Kantonale Arbeitsmarktkommission Kamko aktiv geworden: Sie verengt die Definition eines «Einführungspraktikums». Mehr als 6 Monate ohne Lehrstellenzusage sind ausgeschlossen. Und ab 2018 wird das in den Kitas kontrolliert.

«Altersvorsorge 2020» stärkt die AHV

Der VPOD und der SGB sagen Ja zur Reform «Altersvorsorge 2020». Beim VPOD war der Entscheid knapp (siehe Kasten), im SGB sehr deutlich (98 zu 21). Im Vordergrund steht die Stärkung der AHV. | Text: *Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD, und Stefan Giger, Generalsekretär VPOD (Foto: BraunS/iStock)*

Ausbau der AHV. Seit Jahrzehnten sind die AHV-Renten unverändert. Endlich gelingt es, das Tabu zu brechen, die erste Säule zu stärken und die AHV-Renten real zu erhöhen – im vergangenen Jahr haben wir mit unserer Initiative AHVplus noch Schiffbruch erlitten. Jetzt gibt es 840 Franken mehr Rente im Jahr für Alleinstehende, bis 2712 Franken für Paare – das ist gerade für Kleinverdienerinnen eine wesentliche Verbesserung. Übrigens: 500 000 Frauen haben einzig die AHV. 70 Prozent der Rentenbeziehenden sind verheiratet, für sehr viele Rentnerinnen und Rentner gibt es reale Rentenerhöhungen zwischen 4 und 6,5 Prozent.

AHV zurück in den schwarzen Zahlen. Aktuell fehlt der AHV eine halbe Milliarde Franken pro Jahr, in den kommenden Jahren würde das AHV-Defizit grösser und grösser. Schuld daran ist unsere Generation, die Baby-Boomer. Jedes Jahr steigt die Zahl der Neurentnerinnen und Neurentner. Erst von den 2030er Jahren an werden die Neuverrentungen zurückgehen: Dann geht die Pillenknickgeneration in Pension. Wenn das Finanzierungsloch grösser und grösser wird, steigt der Abbaudruck: Die automatische Teuerungsanpassung der AHV-Renten gerät in Gefahr, und FDP und SVP werden alles daran setzen, das Rentenalter auf 67 zu erhöhen. Ende dieses Jahres werden 0,3 Prozentpunkte der Mehrwertsteuer in die AHV umgeleitet, die bisher für die IV-Sanierung gebraucht wurden; die AHV kehrt in schwarze Zahlen zurück. Ab 2021 wird eine geringfügige Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8 auf 8,3 Prozent genügen, die AHV-Rechnung auch langfristig auszugleichen. Der automatische Teuerungsausgleich in der AHV ist damit gesichert, die Diskussion über Rentenalter 67 beendet.

Bessere Leistungen für Teilzeitbeschäftigte. In den Billigpensionskassen der Versicherungsgesellschaften werden Teilzeiterinnen abgezockt. Weil das Pensionskassengesetz BVG nur einen Vollzeiter-Koordinationsabzug kennt, wird der grösste Teil der Sparbeiträge der Teilzeitfrauen nicht vom Gesetz erfasst. Sie haben keine Zinsgarantie und sind mit Umwandlungssätzen von weniger als 5 Prozent konfrontiert. Neu erfasst das Gesetz auch die Sparguthaben der Teilzeiterinnen; der gesetzliche Koordinationsabzug wird endlich der Realität angepasst – eine jahrzehntealte Forderung des VPOD und der Frauenbewegung. Trotz tieferem Umwandlungssatz bedeutet dies endlich höhere Renten für Teilzeiterinnen.

Besitzstand für Senkung Umwandlungssatz. Der gesetzliche Umwandlungssatz von 6,8 Prozent entspricht nicht mehr der heutigen Lebenserwartung. In den allermeisten Kassen der Gemeinden, Kantone und des Bundes sind die Umwandlungssätze schon längst auf 6 Prozent oder darunter gesenkt worden. Wichtig ist deshalb, dass mit dieser Reform der Besitzstand garantiert wird, und zwar bereits ab dem 45. Altersjahr.

Bessere Konditionen für die vorzeitige Pensionierung. Wer in der AHV eine vorzeitige Pensionierung möchte, kann bisher nur eine ganze Rente, nicht aber Teilrenten vorbeziehen, und der Preis ist hoch. Neu wird auch ein Teilbezug möglich sein, und die Rentenkürzung wird gemildert: 4,1 Prozent statt 6,2 Prozent wird der Vorbezug einer ganzen AHV-Rente pro Jahr kosten.

Schutz für ältere Arbeitslose. Ältere Menschen, die ihre Stelle verlieren, scheiden bisher aus der Pensionskasse

aus. Bleiben sie bis zur Pensionierung arbeitslos, werden sie von der Fürsorge oft gezwungen, ihr Freizügigkeitsguthaben aufzubrauchen. Im Alter bleibt ihnen dann praktisch nur noch die AHV. Nun wird das Recht verankert, dass man ab 58 Jahren in der bisherigen Pensionskasse bleiben kann, wenn man arbeitslos wird – ein ganz wichtiger Fortschritt, gerade für arbeitslose Frauen.

Die fortschrittlichen und sozialen Kräfte haben in den letzten Parlamentswahlen verloren, Rechts und Rechtsaussen haben gewonnen. Nur ganz knapp konnte jetzt die notwendige Mehrheit von 101 Stimmen im Nationalrat für echte Verbesserungen in der Altersvorsorge gewonnen werden. Leider konnte das tiefere Rentenalter für Frauen nicht gehalten werden. Die Erhöhung des Rentenalters für Frauen ist ein gewaltiger Rückschritt. Eine starke Minderheit unserer Delegiertenversammlung wollte deswegen das Projekt Altersvorsorge 2020 ablehnen. Klar ist aber auch, dass nach einem Scheitern der Reform das bürgerlich dominierte Parlament die Vorlage aufteilen wird. Jahr für Jahr wird das AHV-Defizit steigen. Jahr für Jahr wird unser Widerstand gegen Rentenabbau schwieriger werden. Scheitert die Reform in der Volksabstimmung, wird Rechts den Ton angeben. Die Mitteparteien werden dann mit der rechten Ratshälfte die Verschlechterungen einzeln durchpauken: Das Frauenrentenalter wird auch dann erhöht, aber ohne AHV-Zuschlag. Der Umwandlungssatz wird ebenfalls gesenkt, aber ohne Besitzstandsregelung. Und statt mit der Mehrwertsteuer wird die AHV mit Rentenabbau (Abschaffung Anpassungsmechanismus) und mit Rentenalter 67 saniert.
In der Volksabstimmung wird die Auseinandersetzung zwischen Rechts und Links geführt werden. Rechts will das Paket ablehnen und die Altersvorsorge ausdünnen. Mitte-Links wird eine ausgewogene Reform verteidigen, die Sozialwerke stabilisieren und die AHV stärken. VPOD und Gewerkschaftsbund werden sich auf dieser Seite engagieren: AHV stärken!

Die Argumente der Minderheit

Eine starke Minderheit innerhalb des VPOD, namentlich aus der Westschweiz, stimmte gegen die Reform. Hier die Argumente dieser mit 22 zu 19 Stimmen unterlegenen Position.
In unseren Augen ist die «Altersreform 2020» aus drei Gründen inakzeptabel. Erstens weil sie die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre vorsieht. Unter dem Vorwand der Gleichstellung müssen sich Arbeiterinnen, Kassiererinnen und Sekretärinnen noch ein Jahr länger schinden – für den Profit der Unternehmer. Diejenigen, die das nicht schaffen und vorzeitig aussteigen, erleiden Renteneinbussen. Wer Zehntausende von Frauen zum Verbleib im Arbeitsmarkt zwingt, fördert damit vor allem eines: die Arbeitslosigkeit. Und er bereitet bereits den nächsten Schritt vor: Rentenalter 67 für alle. Auch jene Bürgerlichen, die die «Altersvorsorge 2020» mittragen, sprechen bereits davon.
Zweitens bringt die Reform den heutigen Rentnerinnen und Rentnern keinen Rappen mehr. 2,3 Millionen Menschen profitieren nicht. Angesichts explodierender Krankenkassenprämien vermindert sich ihre Kaufkraft zunehmend, was durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, der unsozialsten Steuer überhaupt, noch verschärft wird.
Das Rentenniveau wird – drittens – durch die «Altersvorsorge 2020» auch für die künftige Rentnergeneration nicht gehalten. Für die Frauen geht die Rechnung sowieso nicht auf: Das Rentenalter 65 kostet jede einzelne 24 000 Franken. Sie müsste 94 werden, um diesen Verlust mit dem AHV-Zuschlag von 70 Franken auszugleichen. Bei der zweiten Säule ist jede Voraussage, die mehr als 20 Jahre in die Zukunft geht, reines Kaffeesatzlesen. Wer hätte anno 2000 darauf gewettet, dass die Verzinsung der Alterstguthaben in den folgenden anderthalb Jahrzehnten auf einen Viertel schrumpfen würde? Die Beitragserhöhung in der zweiten Säule wird in erster Linie als Lohnreduktion bei uns ankommen. Ungeschmälert bleiben einzig die Profite der Versicherungen. Deren Gewinne auf unserem Rücken werden durch die «Altersvorsorge 2020» in keiner Weise angetastet. | *David Gygax, SSP Vaud*

Medienpolitische Vorstösse im Parlament abgelehnt – Lobbying Privater gegen Service public bei Radio und TV geht weiter

Giftpfeile nach Leutschenbach

In beiden Kammern war die SRG Thema in der vergangenen Parlamentssession. Die ersten Angriffe sind abgewehrt worden, was aber noch kein Grund zur Entwarnung ist. Auch das Aus für die Billag spricht Bände.

| **Text:** *Dore Heim, SGB-Zentralsekretärin (Foto: Roland zh)*

Zu seicht, zu gross, zu teuer? Die SRG – hier das Studio Leutschenbach – ist von mehreren Seiten unter Beschuss.

Nicht erstaunlich ist, dass der Ständerat die «No Billag»-Initiative abgelehnt hat – aber ermutigend, dass dies einstimmig geschah. Korrekt müsste die Initiative ja «No SRG» heissen.

Der Kampf um die Werbung

Im Nationalrat wurde darüber abgestimmt, wer künftig die SRG-Konzession vergibt. Während die parlamentarische Initiative Müller, die dem Parlament die alleinige Zuständigkeit übertragen wollte, mit grossem Mehr verworfen wurde, fand eine Motion der Kommission mehr Gefolgschaft. Die Befürworterinnen und Befürworter einer «dualen» Konzession reichen über die Reihen der notorischen SRG-Gegnerschaft hinaus, waren aber zum Glück trotzdem in der Minderheit. Das knappe Stimmenverhältnis von 99 Nein zu 87 Ja ist zum Nennwert zu nehmen: Ein erbitterter Kampf um Werbeeinnahmen ist im Gang, und die Interessenvertretung der Privaten lobbyiert beharrlich.

Im Stimmenverhältnis manifestiert sich auch ein Unbehagen gegenüber der SRG, wie es noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen wäre. Einige der Ursachen dafür sind hausgemacht: So wurde etwa das selbstbewusste Auftreten der SRG-Direktion seit dem knappen Ausgang der RTVG-Abstimmung vom Juni 2015 von vielen als unangebracht empfunden. Moniert wurden in den Ratsdebatten auch die penetrante Werbeplatzierung in SRF-Sendegefässen und das Überhandnehmen von seichten und kommerziellen Inhalten. Eindringlich wurde aber auch vor einer Schwächung der SRG gewarnt: Je stärker der Konzentrationsprozess bei den Zeitungen voranschreitet, desto wichtiger ist ein starker öffentlicher Rundfunk.

Die SRG ist gefordert, diese Stellung durch die Qualität ihrer Sendungen unter Beweis zu stellen. Sie kann sich nicht mehr auf eine vorbehaltlose Unterstützung des Parlaments verlassen, nicht einmal mehr im Ständerat. Zwar hat dieser mit der einstimmigen Ablehnung der «No Billag»-Initiative ein deutliches Zeichen gesetzt. Aber auch im Stöckli war von «Zwangsgebühren» die Rede – ein hässlicher Begriff, der in der Kampagne eine zentrale Rolle spielen dürfte, weil er sich bestens zum Stimmenfang eignet. Einstweilen haben die Anwälte eines starken Service public die Nase vorn; sie können aber nur stark bleiben, wenn die SRG eine glaubwürdige Umsetzung liefert. Der kleine Testlauf zur SRG in dieser Session ist gelungen, aber das ist weniger Beruhigung als vielmehr Ansporn.

Ricklis Doppelspiel

Die drei Mediengewerkschaften Impressum, Syndicom und SSM sind über die Parlamentsentscheide erfreut. Dass der Nationalrat die Kompetenz für die Vergabe der SRG-Konzession beim Bundesrat belassen will, sei ein «Zeichen, dass das Parlament die Unabhängigkeit der Medien respektiert». Die drei Organisationen kritisieren namentlich Nationalrätin Natalie Rickli (SVP Zürich), die als Präsidentin der Kommission für Verkehr- und Fernmeldewesen gleichzeitig die kommerziellen Interessen ihres Arbeitgebers Goldbach Media vertritt.

Serafe soll Billag-Personal übernehmen

Die Syndicom kritisiert den Entscheid des UVEK, der Billag das Mandat für das Inkasso der Rundfunkgebühren zu entziehen. Vom neu beauftragten Unternehmen Serafe erwartet Syndicom den Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrags und die Übernahme der 300 Billag-Beschäftigten. Es besteht die starke Vermutung, dass das UVEK nicht nur aus wirtschaftlichen Überlegungen gehandelt hat: Der Entscheid dürfte auch auf den Dauerangriff der SVP gegen SRG und Billag zurückzuführen sein. Aus volkswirtschaftlicher Sicht stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, einen Grossauftrag einem Unternehmen zu übergeben, das die entsprechenden Infrastrukturen erst aufbauen und das Personal erst anstellen muss. | *syndicom*

Rosa im Regen

15 000 Personen sind in Zürich zum Woman's March auf die Strasse gegangen, überwiegend Frauen, aber auch solidarische Angehörige anderer geschlechtlicher Spielarten der Natur. Mit pinken Pussyhats zeigten sie trotz garstigem Wetter, dass sie nicht bereit sind, die erkämpften Errungenschaften preiszugeben, Trump hin oder her. Gleichstellung soll nicht nur auf dem Papier stattfinden. Dazu müssen bezahlte und unbezahlte Arbeit anders verteilt und Rollenbilder hinterfragt werden. Für viele ist auch die Anhebung des Frauenrentenalters ein falsches Signal. | *slt (Fotos: Béatrice Stucki [links] und Roland Brunner)*

Luxus-OP für Luxuspatientinnen? Hybrid-Operationssaal der Hirslandenklinik.

Zu mager in die Selbständigkeit entlassen: St. Galler Pensionskasse.

Sorge um Pensionskasse in Winterthur …

Mit Besorgnis nimmt der VPOD von der Situation der Pensionskasse der Stadt Winterthur Kenntnis. Die Versicherten sehen sich mit steigenden Beiträgen und einer teilweise erheblichen Leistungsreduktion konfrontiert. Die vom Stiftungsrat beschlossenen Massnahmen sind schwer zu verdauen. Speziell die städtischen Angestellten trifft es nach mehreren Abbauprogrammen hart. Die Stadt Winterthur steht jetzt in der Verantwortung. Die Misere hat ihren Ursprung in der Zeit vor der Verselbständigung. Damals wurde die richtige Weichenstellung verpasst. Daher ist es richtig, dass der Stadtrat die Kasse jetzt auf eine solidere Basis stellen will. | *vpod*

… und St. Gallen

Genau das verweigert die Finanzkommission des St. Galler Kantonsrates: Die einst versprochene Einlage von 202 Millionen Franken in die Pensionskasse des Staatspersonals wird abgelehnt. Für den VPOD und die anderen Personalverbände ist das ein Affront und ein Verstoss gegen Treu und Glauben. | *vpod (Foto: amphotora/iStock)*

BVK: Stiftungsrat rundumerneuern

Der VPOD und weitere Verbände unterstützen bei den Stiftungsratswahlen der Pensionskasse BVK im Mai neun neue Kandidatinnen und Kandidaten. Damit wird nicht nur der bisherigen Arbeitnehmervertretung in der Kasse des Zürcher Kantonspersonals das Vertrauen entzogen, sondern den wahlberechtigten Versicherten auch eine überzeugende Alternative vorgeschlagen. Der VPOD will mit diesem Schritt dazu beitragen, dass die BVK-Versicherten von einem Stiftungsrat vertreten werden, der die Versicherten fair und offen informiert und sich für ihre Interessen einsetzt. | *vpod*

Streikverbot in Freiburg?

Die Freiburger Regierung hat eine Revision des Personalrechts in die Vernehmlassung geschickt. Positiv: Neu soll darin auch das Streikrecht verankert sein, das bisher offiziell nicht zugestanden wurde. Der Artikel enthält allerdings eine Ausnahme für Polizistinnen, Gefängniswärter und Pflegepersonal. Der VPOD bekämpft diesen Passus. Wo Grundrechte für bestimmte Personengruppen beschränkt werden, muss die Verhältnismässigkeit gewahrt bleiben. Die Erfahrung zeigt, dass Streiks im Gesundheitswesen und im Sicherheitsapparat möglich sind, ohne dass die Bevölkerung Gefahr leidet. Notwendig ist die Aufrechterhaltung von Minimaldiensten. Der VPOD hat unter dem Kantonspersonal eine Briefaktion lanciert. | *vpod*

24-Stunden-Pflege in Luzern: Zahlen verlangt

Den Lebensabend daheim verbringen: Immer mehr Menschen greifen auf dubiose Agenturen zurück, um sich diesen Wunsch zu erfüllen. Der Luzerner SP-Kantonsrat und VPOD-Präsident Urban Sager will mit einem Vorstoss von der Regierung erfahren, welches Ausmass dieses Problem im Kanton Luzern hat. Der VPOD verfügt mit dem etablierten Netzwerk respekt@vpod bereits über eine Anlaufstelle für Care-Arbeiterinnen im Privathaushalt. | *vpod*

Basler Unispital: Überlastung hat System

Im Basler Universitätsspital, insbesondere auf der Station 6.2 der Chirurgie, ist das Personal am Anschlag. Chronische Unterbesetzung, enorme Fluktuation, hoher Anteil von Temporären, Überstunden en masse: Das sind die Symptome einer echten Krise. Wie VPOD-Regionalsekretärin Vanessa von Bothmer der *Basellandschaftlichen Zeitung* sagte, redet die Spitalleitung das Problem als Folge von Grippewelle und Schwangerschaften klein. Als unmittelbare Therapie schlägt der VPOD die Aufstockung des spitalinternen Springerpools vor. | *slt*

Zürich: «Lex Hirslanden» beerdigen?

Wenn der Zürcher Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger *einmal* einen sinnvollen Vorschlag macht, dann fällt ihm seine eigene Partei in den Rücken. Heiniger wollte mit der «Lex Hirslanden» die Gewinne der Luxusklinik eindämmen – das Privatspital behandelt überwiegend Privatversicherte und lässt sich dafür vom Kanton subventionieren. Die Finanzkommission des Kantonsrates will jetzt nichts wissen von einer Steuer für rosinenpickende Luxusspitäler. Angesichts der Kräfteverhältnisse im Kantonsrat müssen wohl die Stimmberechtigten korrigierend eingreifen. | *vpod (Foto: Hirslanden)*

ILO-Studie bestätigt Handlungsbedarf beim Home-Office – der SGB fordert gesetzliche Anpassungen

Regeln fürs Heimspiel

Eine neue ILO-Studie bestätigt, dass Arbeiten zuhause sowohl Chancen wie Risiken birgt. Sie fordert, den rechtlichen Schutz für die Betroffenen anzupassen. Am praktikabelsten ist aus Sicht des SGB eine Aktualisierung des Heimarbeitsgesetzes. | **Text:** *Luca Cirigliano, SGB-Zentralsekretär (Foto: svetikd/iStock)*

Der Schwatz an der Kaffeemaschine ist ein wichtiger Bestandteil der Teamarbeit. Auch Beschäftigte im Home-Office müssen in den Austausch eingebunden sein.

Die digitalen Technologien ermöglichen es zunehmend, an beliebigem Ort und zu beliebiger Zeit zu arbeiten. Man kann Dinge jetzt von zuhause aus erledigen, aus dem Ausland – oder auch während der Ferien. Das Positive daran: weniger Arbeitsverkehr und mehr Potenzial für die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuungsaufgaben. Auf der anderen Seite drohen den Beschäftigten längere Arbeitszeiten, Arbeitsverdichtung und eine Entgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit. Dies alles kann zu Stress, Krankheit und sozialen Verlusten führen.

Eine neue Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO stellt nun fest, dass regelmässig im Home-Office Arbeitende aufgrund der starken Durchlässigkeit zwischen Arbeit und Familienzeit bzw. Freizeit stärker gestresst sind und häufiger an Schlafstörungen und Angst leiden als Beschäftigte, die ausschliesslich im Büro tätig sind. Auch der Bundesrat hat in seinem Bericht 2016 ähnliche Probleme festgestellt. Handeln will er trotzdem nicht …

Austausch und Pausen garantieren

Der ILO-Bericht enthält mehrere Empfehlungen. Er verlangt, dass alle Arbeitnehmenden bei der Telearbeit gleich behandelt werden. Home-Office soll rechtsgleich eingesetzt werden und freiwillig sein. Auch für Beschäftigte im Home-Office ist der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aufrechtzuerhalten. Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsruhe sowie Pausen müssen auch im Home-Office den Vorgaben der Arbeitsmedizin bzw. dem Arbeitsgesetz entsprechen. Zu diesem Zweck braucht es eine Erfassung der Arbeitszeiten. Das ist heute dank Smartphone- und Computer-Apps mit wenig Aufwand möglich. Gerade im Home-Office ist dieser Punkt besonders wichtig: Es darf nicht sein, dass Home-Office-Beschäftigte Gratisarbeit leisten, sich selbst ausbeuten und in ein Burnout rutschen.

Der SGB fordert, dass die Bestimmungen des Gesundheitsschutzes auch im Home-Office zur Anwendung kommen. Das gilt insbesondere für die Arbeitszeiterfassung, die Ruhezeitbestimmungen sowie die Höchstarbeitszeit. Auch Gesamtarbeitsverträge sollen in den betroffenen Branchen Schutzmassnahmen gegen psychische und physische Gesundheitsrisiken – insbesondere die ständige Erreichbarkeit – sowie Regelungen zu Home-Office enthalten. Dringender Handlungsbedarf besteht auch bei Material, Auslagen und Datenschutz. Auch die Studie der ILO weist darauf hin: Häufig werden heute nämlich die Kosten für Material auf die Arbeitnehmenden überwälzt – auch in der Schweiz, je nach Auslegung der Gesetze. Lücken bestehen zudem im Datenschutz. So kann der Arbeitgeber mittels Überwachung des Online-Status sowie des Datenflusses das Verhalten «seiner» Heimarbeiterinnen kontrollieren – und womöglich sogar jenes der Angehörigen.

Eine einfache Lösung

Die Gewerkschaften des SGB haben an der letzten Delegiertenversammlung beschlossen, systematisch Home-Office-Anliegen in die Gesamtarbeitsverträge aufzunehmen. Trotzdem werden gewichtige Lücken bleiben: Fast die Hälfte aller Arbeitnehmenden werden hierzulande nicht von einem GAV geschützt. Für sie gilt es, gesetzliche Regelungen zu finden. Aber wie? Das Einfachste wäre, in einer einzigen Rechtsgrundlage alle geltenden Bestimmungen zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz zusammenzufassen; auch Fragen der Freiwilligkeit, des Datenschutzes und der Kostenübernahme könnten hier geregelt werden.

Längst geregelt ist die traditionelle handwerklich-industrielle Heimarbeit: im Heimarbeitsgesetz (HArG). Das ist paradox: Für eine Arbeitsform, die es kaum mehr gibt, existiert eine spezialrechtliche Regelung, während dies für das Büro zuhause, trotz starker Ausbreitung, nicht der Fall ist. Dabei wäre eine Anpassung des HArG auf das moderne Home-Office mit wenig Aufwand zu machen. Der SGB fordert deshalb im Einklang mit den Erkenntnissen aus dem ILO-Bericht, dass der Bundesrat die nötigen Bestimmungen für das Home-Office im HArG konkretisiert und dieses Gesetz anpasst.

Interview mit Anja Derungs, seit 5 Jahren Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich

«Lohngleichheit bleibt ein Dauerauftrag»

Hartnäckig hinken die Frauenlöhne hinterher. Mit Anja Derungs, seit 5 Jahren Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich, beleuchtete das *VPOD-Magazin* die verschiedenen Aspekte des Themas.

| **Interview:** *Christoph Schlatter (Foto: Renate Wernli [Porträt], wllad/iStock [steinzeitliche Jagdszene, Seite 14])*

***VPOD-Magazin:* Anja Derungs, Sie sind gerade im Mutterschaftsurlaub. Sitzen Sie also in der Mutterfalle?**

Anja Derungs: Den Begriff habe ich in einem Beitrag für den Mama-Blog des *Tages-Anzeigers* tatsächlich verwendet – allerdings ohne ihn auf mich persönlich zu beziehen. Gemeint ist: In den heutigen Verhältnissen, wo frischgebackene Väter bestenfalls zwei Wochen freikriegen, läuft es darauf hinaus, dass es die «Mutterschaftsurlauberin» ist, die zur Fachperson in allen Fragen rund ums Kind avanciert. Sie weiss, wie das Baby zu beruhigen ist, welches Schlaflied ihm gefällt und welcher Brei ihm schmeckt. Und der Papa kommt, auch beim besten Willen, kaum mehr aus der Rolle der häuslichen Hilfskraft heraus und konzentriert sich umso mehr aufs Erwerbsleben. So werden Weichen gestellt, die herkömmliche Rollenbilder zementieren. Da müssen die Eltern schon sehr stark etwas anderes wollen, damit die Mutter nicht in der 40-Prozent-Teilzeit-Existenz landet, die sie nie wollte.

Was schüfe Abhilfe?

Ein anständiger Vaterschaftsurlaub, besser noch: ein zwingend auf beide Partner zu verteilender Elternurlaub, der auch dem Vater erlaubt, mit dem neuen Erdenbürgerchen und seinen Bedürfnissen vertraut zu werden. Sowohl der Erwerbsarbeit als auch den Bedürfnissen eines Kleinkinds gerecht zu werden, ist für niemanden einfach; es braucht

«Ein anständiger Vaterschaftsurlaub und ein Elternurlaub schaffen Abhilfe gegen die Mutterfalle.»

Organisation, ein gutes soziales Netzwerk, Kompromisse, Flexibilität. Wichtig ist beidseitige Wertschätzung. Mein Partner hat einen wichtigen Job. Ich habe einen wichtigen Job. Das Kind ist unser gemeinsamer – ebenso wichtiger – Job.

Wir sind schon mitten im Thema: Die unterschiedlichen Anteile bei der familiären Sorgearbeit dürften einer der Gründe sein für den Lohnunterschied zwischen Mann und Frau. Welchen Anteil hat die Lohnfrage an der Arbeit Ihrer Stelle?

Einen sehr zentralen. Existenzsicherung ist etwas Grundlegendes, daher spielt die Lohnfrage überall mit hinein: Kinderbetreuung, Teilzeitarbeit, ausgelagerte Care-Arbeit, Angehörigenpflege … Auch in der Geschichte unserer Fachstelle war der Lohn einer der roten Fäden. Und noch heute ist auf unserer Website die Unterseite «Lohn» die am häufigsten besuchte. Informationen etwa zum Lohngespräch sind ein starkes Bedürfnis – nicht nur von Frauen.

Woran arbeitet Ihre Stelle denn gerade?

Ich bin stolz darauf, dass die Stadt Zürich auch im Beschaffungswesen und bei den Leistungsverträgen konkret wird. Im Rahmen eines Pilotprojekts wird jetzt auch bei privaten Unternehmen, die für die Stadt arbeiten, die Lohngerechtigkeit überprüft – und zwar mittels Stichproben über das ganze Jahr 2017. Mit der Unterzeichnung einer Selbstdeklaration bei Teilnahme an der Ausschreibung verpflichten sich diese Firmen, die verfassungsmässige Lohngleichheit einzuhalten. Ob dem auch tatsächlich so ist, wird nun stichprobenartig geprüft.

Dieser Bereich wird umso wichtiger, je mehr Aufgaben die öffentliche Hand – wie es gerade Mode ist – auslagert. Leider werden dadurch die zu vergleichenden Einheiten immer kleiner. Nur solange es ein Stadtspital und eine Stadtpolizei gibt, taugt der legendäre Vergleich von Polizisten- mit Pflegelöhnen.

Sie sprechen die Vergleichbarkeit von Berufen an. Die Verantwortung der Stadt betrifft ihren ganzen Einflussbereich; sie muss natürlich in der eigenen Verwaltung genau hinschauen, aber eben auch dort, wo sie als Bestellerin oder Auftraggeberin tätig ist. Die Mitarbeitenden müssen Vertrauen haben können, dass die Löhne fair sind, dass das ganze System «verhebt». Übrigens ist mir absolut unverständlich, wie man diese Bemühungen als «Lohnpolizei» verunglimpfen kann …

… einmal abgesehen davon, dass es ohnehin verwundert, wenn die Polizei von rechter Seite mit einem Negativimage versehen wird.

Es ist ja interessant zu beobachten, wer jeweils an welchem Punkt einer Debatte aufschreit. Auch bei der Quotendiskussion. Sind

«Gleichstellungspolitik ist keine Schönwetterangelegenheit. Korrekturen im Lohngefüge können wehtun.»

wir bereit, in jenen Bereich vorzustossen, wo es wehtut? Dahin, wo es wirklich um Geld und seine Verteilung geht? Oder ist die ganze Gleichstellungspolitik eine Schönwetterangelegenheit, bei der alle nett reden, aber niemand etwas tut? Wo Ungleichheiten aufgedeckt werden, sind Korrekturen unausweichlich, und das kann tatsächlich schmerzen. Die Unternehmensbefragung des Bundes hat gezeigt: Es sind im Moment vor allem Korrekturen zugunsten der Frauen angesagt.

In der öffentlichen Verwaltung treffen wir häufig auf die Haltung, dass Lohnungleichheit hier nicht vorkommen könne, weil die Löhne auf geschlechtsneutral definierten Profilen beruhen.

Die Erfahrung lehrt, dass gerade ein grosser Arbeitgeber wie die Stadt Zürich seine Lohnpolitik unentwegt überprüfen und kontrollieren muss. Das Feld ist gross und weitverzweigt; es entstehen neue Berufe, andere verschwinden oder füllen sich mit neuem Inhalt, entfernte Abteilungen stehen womöglich nicht im direkten Austausch. Arbeitgeber müssen also genau schauen, ob ein Profil wirklich «geschlechtsneutral» ist. Und sie stellen Weichen, beispielsweise bei den Anforderungen: Was wird da als nutzbare Erfahrung angerechnet und was nicht? Das ist oft nicht «geschlechtsneutral» …

Den journalistischen Regeln für Interviews zufolge wäre jetzt der Zeitpunkt für die Frage nach der Einhaltung im eigenen

Einflussbereich … Gibt es an der Gleichstellungsstelle überhaupt Männer? Und wenn ja: Wird deren Diskriminierung vereitelt?
Die Männer in der Fachstelle – zwei Projektleiter plus ein Lernender – machen zwar noch nicht ganz die 35 Prozent aus, welche die Stadt Zürich als Zielvorgabe für das untervertretene Geschlecht in Kaderpositionen anstrebt. Aber wir sind zumindest auf dem Weg dahin. Lohnmässig geht es bei uns ohne Zweifel korrekt zu. Wobei das kein allzu grosses Kunststück ist, weil unsere Fachstelle ja übersichtlich ist. Ich sehe uns gut aufgestellt auch hinsichtlich der Erkenntnis, dass Gleichstellung ohne die Männer eben nicht

«Auch Männer sind an Gleichstellung interessiert – sie vermehrt ihre Chancen und Möglichkeiten.»

zu machen ist. Und dass auch Männer an Gleichberechtigung interessiert sind, weil diese ihre eigenen Chancen und Möglichkeiten vermehrt.

Als junge Mutter kennen Sie sicher das Kinderbuch «Jim Knopf» und also auch Herrn Tur Tur, den Scheinriesen. Aus der Ferne betrachtet, erscheint er immens gross, aber je näher man kommt, desto kleiner wird er. Steht man vor ihm, hat er ganz normales Format. Dieses Phänomen könnte einem auch beim Thema Lohngleichheit einfallen. Zunächst kommunizierte riesige Unterschiede verkleinern sich drastisch, je präziser Faktoren wie Pensum, Dienstalter, Ausbildung und dergleichen einbezogen sind.
Ich würde von zwei teilweise unterschiedlichen Fragestellungen sprechen. Einerseits die Lohnungleichheit – also etwa auch die Tatsache, dass viele Frauen bereits bei der Berufswahl in eher schwach entlohnte Bereiche streben, oder der Umstand, dass Frauen seltener Karriere machen als Männer. Von Lohn*diskriminierung* ist hingegen die Rede, wenn Frauen tatsächlich an gleicher Position oder für gleichwertige Arbeit schlechter bezahlt werden, einfach weil sie Frauen sind. Beide Phänomene müssen angegangen werden, wenn auch nicht unbedingt mit den gleichen Massnahmen. Gemäss den aktuellen Studien bleibt ein knapper Drittel des Lohnunterschieds bei den Stadtzürcherinnen und -zürchern ohne Erklärung. Während die Lohndifferenz bei 31,4 Prozent liegt, macht die Lohndiskriminierung 9,8 Prozent aus. Aber wir dürfen uns nichts vormachen: Auch die erklärbare Lohndifferenz, die mit Ausbildung, Stellung oder Dienstjahren zu tun hat, ist nicht «naturgegeben», sondern eine Folge von Geschlechterrollen und strukturellen Faktoren.

Anja Derungs.

Sie haben es eben angesprochen: Der Lohnrückstand der Frauen hat auch damit zu tun, dass Frauen «gezielt» – also: weil sie die Wahl nach Herzenswunsch treffen statt nach Karriereaussicht – Berufe wählen, in denen man wenig verdient. Oder ist es umgekehrt: Die Löhne sind dort so mager, *weil* so viele Frauen (und so wenige Männer) darin arbeiten?
Letzteres trifft leider zu: Untersuchungen zeigen, dass das verstärkte Auftauchen von Frauen in einem Berufsfeld eine Abwertung zur Folge hat. Steigt der Frauenanteil um 10 Prozent, sinkt das Lohnniveau um 4 Prozent. Andererseits gibt es Bereiche, die bereits traditionell sehr weiblich konnotiert sind. In Care-Berufen beisst sich die Katze dann in den Schwanz: Dort zu arbeiten, ist wenig attraktiv für Männer, weil das Lohnniveau tief ist. Und es bleibt tief, weil wenige Männer dort arbeiten. Bei der Berufswahl würde ich nicht gerade von «Herzenswunsch» sprechen. Aber es gibt schon Gründe, auch empirisch erhärtete, warum sich Frauen zu den traditionellen Frauenbereichen hingezogen fühlen: Dort gibt es etablierte Modelle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dort ist Teilzeitarbeit die Norm, dort trifft frau auf Kolleginnen in

«Die Katze beisst sich in den Schwanz: Viele Frauen – tiefe Löhne, tiefe Löhne – wenige Männer.»

ähnlicher Situation. An sich haben wir ja in der Schweiz ein sehr gutes Ausbildungssystem. Trotzdem schneiden wir hinsichtlich der beruflichen Geschlechtersegregation international schlecht ab. Viele Jugendliche haben nach wie vor äusserst enge Vorstellungen davon, was sie werden möchten oder werden können. Es geht hier darum – und das ist ein längerer Prozess –, mit bestimmten Tätigkeiten andere Bilder zu verknüpfen. Wir sind beispielsweise sehr aktiv daran, mehr Männer für die Arbeit in Kitas zu gewinnen. Da gibt es oft geringfügige, vordergründige Dinge, die dem entgegenstehen – die fehlende Männertoilette als Beispiel. Oder es mangelt an einer Kultur, an Erfahrung, wie sich Männer dort bewegen. Tatsächlich zeigen auch Nationalfonds-Untersuchungen: Jugendliche, die in einem geschlechtsuntypischen Beruf unterwegs sind, müssen beruflich und sozial stärker

Du tanzen, ich jagen? Steinzeitliche Verhältnisse? Auf Fels gemalte Jagdszene aus dem südlichen Afrika.

und kompetenter sein als ihr Umfeld. Noch braucht es dazu Mut. Das muss sich ändern.

Das fehlende WC wurde auch umgekehrt angeführt: Es sollte seinerzeit ein Grund sein, warum Frauen nicht Tramführerin werden können … Inzwischen sind zahlreiche Kampagnen und Empowerments über uns hinweggegangen. Wir hatten Pippi Langstrumpf und Ronja Räubertochter. Wir wissen, dass böse Mädchen überall hinkommen. Und das alles hätte womöglich keine Veränderung in den Köpfen bewirkt?

Dochdoch. Es gibt diese Veränderung. Sie haben eben ein Beispiel genannt: die Trampilotinnen. Oder nehmen Sie das Zürcher Knabenschiessen, das zwar immer noch so heisst, an welchem aber Mädchen inzwischen selbstverständlich teilnehmen. Und sie schiessen nicht etwa schlechter als die Buben. So alt ist die Frauenbewegung noch nicht, da passiert nichts von allein, nichts von heute auf morgen. Es braucht Engagement und Durchhaltewillen. Und leider auch Geduld.

Wenn vor Weihnachten Spielzeugkataloge der Zeitung beiliegen, packt mich das Grauen.

Wer im Advent ein Spielzeuggeschäft betritt, durchläuft gleich beim Eingang eine Triage mit der zentralen Frage «Mädchen oder Bub?». Das erschüttert auch mich. Konsumentinnen beginnen sich aber gegen die «gegenderte» Spielzeugindustrie zu wehren. Mit Folgen: Lego hat soeben ein Set veröffentlicht, wo die Astronautinnen Sally Ride und Mae Jemison ins Weltall fliegen.

Womöglich im rosa Raumanzug …

Nein, in Grau und Orange. Erfreulich ist zudem, dass mit Mae Jemison auch eine schwarze Frau dabei ist. Ich kann nicht glauben, dass es heute noch Leute gibt, die ernstlich behaupten, Männer seien eben produktiver als Frauen und verdienten daher zu Recht mehr, wie das vor Kurzem ein EU-Abgeordneter zu sagen wagte.

Verstehen Sie umgekehrt die Sicht eines schlecht verdienenden und hart arbeitenden Mannes, der beispielsweise nicht gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters zu mobilisieren ist, weil er nicht einsieht, warum er ein Jahr länger arbeiten soll als eine Frau in gleicher Situation?

Ja, ich verstehe ihn. Die Geschlechterfrage ist nicht die einzige relevante. Auch sozioökonomische Faktoren sind wichtig. Es geht nicht nur um gläserne Decken und Kaderpositionen. Die Frau des hart arbeitenden Mannes dürfte nämlich noch weniger verdienen als er – und mit Kinder- und Angehörigenpflege sowie der Hausarbeit vielleicht sogar noch belasteter sein …

«Wir sollten nicht Mütter gegen kinderlose Frauen ausspielen. Beide Gruppen erfahren Diskriminierung.»

Das führt zur Frage, ob sich auch diskriminierte Männer auf Ihrer Stelle melden.

Ja, die gibt es sehr wohl. Die Frage stellt sich häufig dort, wo auch Männer Teilzeit arbeiten – die sich dann, wenn es um Beförderung oder um die Ausrichtung von Prämien geht, zu Recht zurückgesetzt fühlen.

Haben gut ausgebildete kinderlose Frauen ohne zusätzliche Care-Aufgaben im Hintergrund heute überhaupt irgendeinen Nachteil? Sind *sie* es, die man pushen und fördern muss?

Ich möchte nicht, dass wir Mütter gegen kinderlose Frauen ausspielen. Der Diskriminierung unterliegen auch letztere. So hat eine Untersuchung über die Besetzung von Führungspositionen durch Hochschulabsolventinnen und -absolventen ergeben: Der Anteil kinderloser Frauen ist auch dort deutlich kleiner als der Anteil kinderloser Männer.

Man könnte einwenden, dass das vielleicht auch mit selbstgewählten weiblichen Lebensentwürfen zu tun haben könnte. In der Art von: Was soll ich mich im Haifischbecken der Unternehmensleitung aufreiben? Ich richte mich lieber auf einer 60-Prozent-Stabsstelle ein und schreibe daneben Gedichte auf selbstgeschöpftes Büttenpapier.

Haifischbecken versus selbstgeschöpftes Büttenpapier? Da malen Sie aber ganz dick mit dem Stereotypenpinsel … Aber im Ernst: Ich bin nicht dagegen, die Mechanismen zu

untersuchen, die zu dieser ungleichen Verteilung führen. Ich wehre mich aber, das als individuelles «Problem» der Frauen zu behandeln. Zielvorgaben und Quoten zwingen uns richtigerweise, den Dingen auf den Grund zu gehen. Und dabei sollten wir auch die Männer in den Blick nehmen: wie sie funktionieren, wie sie allenfalls kungeln oder sich gegen Veränderungen zur Wehr setzen. Es gibt Widerstand, wenn eine Frau zu einem Männerteam stösst. Es gibt männlich geprägte Kulturen, in denen auch 2017 noch sexistische Witze gemacht werden in einer Art, wie ich sie nicht mehr für möglich gehalten hätte. Auch die angebliche Verhandlungsschwäche, die den Frauen angekreidet wird …

… dass sie sich in Vorstellungsgesprächen zu wenig gut «verkaufen» und ihr Licht unter den Scheffel stellen …,

… die ist ja ebenfalls, wenn sie denn existiert, kein individueller Missstand, sondern die Spiegelung eines gesellschaftlichen Phänomens. Unsere Weiterbildungsangebote im

«Die unterschiedliche Berufswahl und Prioritätensetzung ist kein individuelles Problem der Frauen.»

Rahmen des «Career Service» für Studierende zeigen, dass viele – übrigens auch Männer – der Lohnfrage viel zu wenig Beachtung schenken, wenn sie nach dem Uni-Abschluss ihre Berufskarriere einfädeln. Wie viel verdient man in diesem oder jenem Beruf? Wo finde ich überhaupt Informationen dazu? Welche ausserberuflichen Kompetenzen kann ich in die Waagschale werfen?

Ich möchte nochmals zurückkommen auf die Familien- und Sorgearbeit. Und auf die berüchtigte Teilzeitfalle: Das Paar ist mit fairer Aufteilung von Haushalt und Erwerb unterwegs. Das erste Kind kommt, die Frau steckt zurück, weil sie es ist, die weniger verdient … Wie kommen wir denn jemals aus diesem Teufelskreis?

Es trifft zu: Wir haben in der Schweiz tatsächlich eine extreme Leistungsgesellschaft mit sehr langen Arbeitszeiten. Das mit familiären Verpflichtungen zu vereinbaren, ist anspruchsvoll. Gleichzeitig fehlt aber vielen Frauen auch das Bewusstsein dafür, dass niedrige Teilzeitpensen gefährlich sind, vor allem im Hinblick auf die Altersvorsorge. Die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten hat das regelrecht als Warnung formuliert: Frauen, arbeitet nicht über längere Zeit weniger als 70 Prozent! Steigt rasch wieder in euren Beruf ein! Sonst ist frau, beispielsweise bei einer Scheidung, bald am Existenzminimum. Die Berücksichtigung von Erziehungsarbeit in der

«Wir warnen vor Teilzeitpensen unter 70 Prozent – damit landet frau, etwa bei einer Scheidung, in der Armut.»

zweiten Säule und die Individualbesteuerung sind Elemente, die zu einer besseren Aufteilung beitragen werden. Wobei wir nicht vergessen sollten: Viele Paare und Familien können sich Teilzeitarbeit schlicht nicht leisten.

Darin, dass gleiche oder ähnliche Tätigkeiten sowohl gegen Lohn als auch unbezahlt ausgeübt werden – und zwar auf beiden Seiten hauptsächlich von Frauen –, dürfte mit ein Grund für die schwache Bezahlung dieser Arbeit sein. Die ehrenamtliche Arbeit drückt die Löhne.

Mindestens so wichtig scheint mir, dass Sorgearbeit kaum Effizienzsteigerung zulässt. Die ganzen Skaleneffekte, mit denen Industrie und auch grosse Teile des dritten Sektors ihre Produktivität erhöhen, lassen sich in diesem Bereich nicht anwenden. Den kleinen Noah zu trösten, der sich das Knie aufgeschürft hat, dauert seine 2 Minuten und lässt sich nicht in 5 Sekunden abwickeln. Die Betreuung von Betagten oder Menschen mit Beeinträchtigung ist ebenfalls – und glücklicherweise – nicht rationalisierbar.

Könnte man Ähnliches nicht auch für andere Eins-zu-eins-Dienstleistungen sagen, etwa das Taxi- oder das Coiffeurgewerbe?

Sicher gibt es auch in diesen Bereichen prekäre Elemente, sicher kommt auch das Haareschneiden zuweilen als Freundschafts-

«Wir müssen Abschied nehmen vom dauerpräsenten Einzelkämpfer und von den überlangen Arbeitstagen.»

dienst vor. Die genannten Berufe sind aber trotzdem im öffentlichen Raum sichtbar; sie werden ganz anders wahrgenommen als der häusliche Bereich.

Eine steile These: Wer im Hintergrund Sorgeaufgaben zu erfüllen hat, kann am Arbeitsplatz mit bestem Willen nicht die gleiche Präsenz und Flexibilität liefern wie jemand, dem der Rücken freigehalten wird. Widerspruch?

Ganz entschieden. Wir konzentrieren uns in der Schweiz immer noch viel zu stark auf zeitliche Faktoren, auf Präsenz. Wer ist abends die oder der Letzte, wer löscht das Licht? Diese Frage wird bei Weitem überschätzt. Ich bin überzeugt, dass ich seit Geburt meines ersten Kindes, seit 5 Jahren also, keine schlechtere Arbeit abliefere als zuvor. Und auch das zweite Kind wird daran nichts ändern. Richtig ist, dass es Organisation braucht. An vielen Orten ist diese Organisation ohnehin schon strukturelle Notwendigkeit: In einem Spital oder bei einem Verkehrsunternehmen sind die notwendigen Positionen besetzt, und es gibt Ersatzleute, die einspringen können, wenn jemand ausfällt. In weniger abgesteckten Bereichen – auch unsere Fachstelle und bestimmt auch Ihre Gewerkschaft gehören dazu – liegt

«Zur Lohngleichheit führt kein Patentrezept. Kleine Schritte weisen den Weg.»

es an uns, uns zu organisieren. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, wie Verantwortung und Aufgaben verteilt werden können; auf jeden Fall aber gilt es Abschied zu nehmen vom Einzelkämpfertum, von den überlangen Arbeitstagen, von der Dauerpräsenz.

Alles eine Frage der Organisation: Zu Zeiten, als Schweizer Wirtschaftskapitäne noch Militärkarrieren machten und wochenlang am Arbeitsplatz fehlten, ist es auch irgendwie gegangen …

Spannend ist, wie ausserberufliches Engagement bewertet wird. Jenes im Sportverein – oder früher: in der Armee – gilt offenbar mehr als jenes zuhause, bei betreuungsbedürftigen Familienangehörigen. Auch in der so fortschrittlichen Stadt Zürich liegt diesbezüglich noch einiges im Argen. Zu den krasseren Fällen, mit denen unsere Stelle konfrontiert ist, gehört die Klage über die Abwesenheit von Vätern, die kranke Kinder pflegen … «Sollen doch die Mütter schauen», heisst es auch aus Amtsstuben!

Zurück zur Lohngleichheit: Es gibt demnach kein Patentrezept, wie sie zu erreichen ist.

Es gibt kein Patentrezept, aber es gibt viele kleine Schritte, die die Richtung weisen. Lohngleichheit bleibt eines der Schwerpunktthemen der Gleichstellungspolitik. Wir müssen es verschränkt mit den anderen Themen betrachten – auch wenn die Zusammenhänge komplex und verschachtelt sind. Und trotzdem gilt es immer wieder darauf zurückzukommen, immer wieder auch Zahlen zu erheben über den Stand der Dinge. Lohngleichheit ist ein Dauerauftrag.

Die Revision des Gleichstellungsgesetzes gelangt voraussichtlich im Herbst ins Parlament

Heidi bekommt nicht, was sie verdient

Experimente zeigen, dass Männer und Frauen unterschiedlich beurteilt werden, selbst wenn sie das Gleiche tun und lassen. Von selbst ändert sich das nicht. Im Herbst kommt die Revision des Gleichstellungsgesetzes in die Räte.

| **Text:** *Regula Bühlmann, SGB-Zentralsekretärin (Foto: Andrew Cribb/iStock)*

Howard (oder Ken) kriegt mehr als Heidi. Heidi verdient mehr, als sie kriegt.

Die Businessleute Heidi und Howard haben eine identische Biografie, weil Professor Frank Flynn sie für ein Experiment kreiert hat. Trotzdem fanden seine Studierenden Howard sympathisch und Heidi nicht. Solche Beispiele zeigen, dass wir Frauen und Männer mit unterschiedlichen Ellen messen, wobei meistens Frauen den Kürzeren ziehen. Im Allgemeinen geschieht das nicht bewusst. Vielmehr ist die Vorstellung, wie eine Frau, wie ein Mann zu sein hat, so fest in unseren Köpfen verankert, dass es uns einfach passiert.

Falsche Behauptungen

Auch Arbeitgeber sind nicht davor gefeit, ihre Mitarbeiterinnen kritischer zu beurteilen als ihre Mitarbeiter. Trotzdem behaupten Arbeitgeberorganisationen seit ein paar Jahren steif und fest, dass sie Frauen und Männer nie unterschiedlich behandeln würden. Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern: eine Frage der Berufswahl, der individuell gewählten Karriere und der fehlenden Verhandlungskompetenz von Frauen, aber sicher keine Ungleichbehandlung! Dabei hat Harvardprofessorin Hannah Riley Bowles in Experimenten nachgewiesen, dass gerade bei Lohnverhandlungen von Gleichbehandlung keine Rede sein kann: Vorgesetzte finden Frauen, die dezidiert eine Lohnerhöhung fordern, nicht nett und erfüllen ihnen den Wunsch weniger gern als den männlichen Angestellten.

Es ist also nicht verwunderlich, dass Frauen in der Schweiz immer noch rund ein Fünftel weniger verdienen als Männer. Ein Teil davon lässt sich mit der Berufswahl, mit unterschiedlichen Karrieren und Familienpausen erklären. Auch dahinter stecken diskriminierende Verhaltensweisen und Strukturen. Rund zwei Fünftel des Lohnunterschieds lassen sich aber auch mit Kriterien wie Position im Betrieb, Ausbildung und Alter nicht begründen. Macht 7,5 Prozent, die Frauen weniger verdienen, weil sie keine Männer sind.

Heidi bekommt nicht, was sie verdient, weil man Heidi weniger zugesteht als Howard. Weil Heidi halt etwas laut und unweiblich ist, wenn sie mehr Lohn fordert. Und weil Heidi ja vielleicht auch noch einen Mann hat, der für sie schaut. Und plötzlich finden Arbeitgeber eine Ungleichbehandlung völlig in Ordnung: Marco Taddei vom Schweizerischen Arbeitgeberverband äusserte im Westschweizer TV die Ansicht, dass Frauen weniger Geld brauchen, wenn sie vom Lohn des Ehemanns profitieren und damit angemessen leben können.

Nichts geht von selber

Von alleine werden sich solche Vorurteile nicht aus unseren Köpfen und die Lohndiskriminierung nicht aus unseren Portemonnaies verabschieden. Die Freiwilligkeit funktioniert nicht, das haben wir aus den Erfahrungen mit dem Lohngleichheitsdialog gelernt: In vier Jahren waren statt den angestrebten 100 Unternehmen bloss 50 bereit, ihre Löhne zu analysieren. Dabei wäre dies ein wichtiger Schritt: Erst wenn wir erkennen, dass wir Frauen und Männer unterschiedlich beurteilen, können wir den Massstab korrigieren.

Das hat auch der Bundesrat eingesehen: Mit einer harmlosen Revision des Gleichstellungsgesetzes will er Unternehmen verpflichten, ihre Löhne regelmässig auf Diskriminierung zu überprüfen und das Ergebnis den Angestellten mitzuteilen. Ein sehr gemässigter Vorschlag, der die Verantwortung bei den Unternehmen belässt. Eine (Lohn-)Polizei

Rechnen gegen das Tabu

Ab sofort ist der neue SGB-Lohnrechner (www.lohnrechner.ch) online. Seine Datenbasis sind 1,7 Millionen Löhne aus den 35 000 Betrieben der Lohnstrukturerhebung 2014 des Bundesamts für Statistik, was hohe Repräsentativität gewährleistet. Gleichzeitig mit der Aktualisierung hat der Lohnrechner auch ein benutzerfreundlicheres Design erhalten. Dazu kommen neu erschlossene Informationen und Querverweise. Der SGB-Lohnrechner enthält als einziges Instrument seiner Art keine diskriminierenden Kriterien: Geschlecht, Aufenthaltsstatus oder Nationalität können und dürfen keine lohnrelevanten Kategorien sein. Einzig Alter, Dienstalter, Region, Ausbildung und hierarchische Stellung dürfen lohnbildend sein. Entsprechend werden auch nur diese Elemente für die Kalkulation verwendet. Wie beliebt der SGB-Lohnrechner ist, zeigen die 900 000 Profile, die er jährlich erstellt – Zugriffe, die den ganzen Berechnungsprozess bis zum Ende durchlaufen. Das sind knapp 2500 pro Tag. Jede und jeder vierte Berufstätige nutzt den Rechner einmal pro Jahr. Das belegt seine Notwendigkeit: Lohntransparenz ist in der Schweiz immer noch ein Tabu. | *sgb*

oder gar Bussen sind nicht vorgesehen, noch nicht einmal die Gewerkschaften sollen zwingend einbezogen werden. Trotzdem hat dieser Vorschlag den Ausschlag gegeben, dass Arbeitgeberorganisationen und Bürgerliche seit ein paar Jahren vehement die Lohndiskriminierung bestreiten. Noch bei der Lancierung des Lohngleichheitsdialogs 2009 war deren Existenz sozialpartnerschaftlicher Konsens.

Faule Zähne

Frühestens im Herbst kommt die Vorlage ins Parlament. Viele Zähne kann ihr die bürgerliche Übermacht nicht mehr ziehen, etliche sind schon in der Vernehmlassung verfault oder ausgefallen. Streichen die Räte auch noch die unternehmensinternen Lohnanalysen, sind wir zurück bei der reinen, ergebnislosen Freiwilligkeit. Dabei ist die Lohngleichheit vielen Unternehmen ein Anliegen, und sie sind bereit zu Kontrollen, wie sie der Bundesrat vorschlägt. Von den Unternehmen, die heute schon entsprechende Analysen durchführen, korrigiert ungefähr die Hälfte nachher ihre Frauenlöhne nach oben.

Um die Lohndiskriminierung vollends zu überwinden, braucht es jedoch schärfere Massnahmen. Denn es gibt sie, die Ewiggestrigen, die Heidi weniger zahlen als Howard, weil sie ihr weniger zutrauen, weil ja sowieso ein Mann sie finanziert und weil Heidi eigentlich eh an den Herd gehört. Um sie zu finden und zur Verantwortung zu ziehen, braucht es Kontrollen, bei denen auch die Gewerkschaften mit von der Partie sind. Eine Bundesbehörde muss Stichproben durchführen und Sanktionen aussprechen können. Heidi und Howard werden sich vermutlich noch eine Weile unterschiedliche Massstäbe gefallen lassen müssen. Aber mit einer wirkungsvollen Revision des Gleichstellungsgesetzes können wir immerhin die schmerzhaften Auswirkungen in Heidis Portemonnaie lindern. Ein bescheidenes Ziel – und das Minimum dessen, was es zu erreichen gilt.

Siehe auch Wirtschaftslektion, Seite 20.

Cunnilingus in Trogen

Der Überraschungserfolg dieses Kinofrühlings ist der Schweizer Spielfilm «Die göttliche Ordnung» von Petra Volpe. In einem Appenzeller Dorf lehnt sich eine junge Hausfrau gegen ihr fremdbestimmtes Schicksal auf.

Die Geschichte ist fiktiv und nicht durchwegs ganz plausibel. Die drei Landpomeranzen, die nur knapp den Mut zusammengekratzt haben, nach Zürich an die Frauendemo zu reisen, nähmen dort ohne merkliches Zögern an einem psychedelischen Workshop zur Entdeckung der eigenen Vulva teil? Die Frauen des Dorfes, denen kaum ein Widerwort gegen ihre bräsigen Männer über die Lippen kommt, brächten urplötzlich den Mut zum Ehevollzugs- und Haushaltsstreik auf? Der Schwiegervater verbärge sein geheimes Sexheftli nicht besser als unterm Kopfkissen, wo er doch weiss und will, dass das Bettenmachen der Hausfrau obliegt?

Das alles spielt aber keine Rolle, weil der Film mit Witz und Tempo im Jahr 1971 einfährt. Und weil er die Figuren zwar leicht überzeichnet, aber nur jene der Lächerlichkeit preisgibt, die es nicht besser verdient haben. Zum Beispiel die Vorsitzende des «Aktionskomitees gegen die Verpolitisierung der Frau». Anders die Protagonistin: Marie Leuenberger legt ihre Nora zurückhaltend und glaubwürdig an. Erst allmählich erkennt diese junge Ehefrau und Mutter die Recht- und Machtlosigkeit ihres Geschlechts – das Schicksal ihrer zwangsversorgten Nichte hilft, die Augen zu öffnen. Unter wiederholtem Erschrecken vor dem eigenen Mut begibt sie sich auf den langen Marsch.

Ähnlich sympathisch ist die männliche Hauptfigur, Ehemann Hans, gezeichnet. Max Simonischek zeigt glaubhaft das Schwanken zwischen dem, was dieser Handwerker als gesellschaftlich geboten erachtet, und dem, was sein Herz ihm einflüstert. Wie erlösend der Augenblick, als er bekennt, dass er fürs Frauenstimmrecht stimmen wird am 7. Februar. Und wie rührend die Akribie, mit der er, der mit Küchenarbeit Unvertraute, eine Apfelwähe nach Schreinerart bäckt.

Der Kampf für politische Gleichberechtigung betraf elementare Rechte, die rundherum in Europa längst realisiert waren. Der erste Gang zur Urne ist eines der letzten Bilder im Film: Die Frauen haben auf nationaler Ebene das Stimmrecht erhalten. In den folgenden Jahrzehnten wird sich dann zeigen, dass gleiche Rechte mitnichten auch schon gleiche Chancen ergeben. Immerhin hält zum Ende auch die sexuelle Revolution Einzug ins Ehebett: Cunnilingus in Trogen! | *slt (Foto: filmcoopi)*

SGB-Migrationskonferenz in Bern diskutiert Fragen von Gleichstellung und Teilhabe

Die Schweiz demokratischer machen

Kein Aprilscherz war der Titel der SGB-Migrationskonferenz: «Gleiche Rechte für alle!» 50 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter überlegten in Bern, wie sich die Interessen von Migrantinnen und Migranten besser vertreten lassen – nach innen und nach aussen. | **Text:** *Johannes Gruber, VPOD-Fachsekretär Migration (Foto: Samuel Trümpy/Keystone)*

Partizipation und Selbstbewusstsein: Schrebergärten in der Stadt Zürich.

Bern, 1. April: Vania Alleva, Präsidentin der Unia, skizziert die Geschichte der gewerkschaftlichen Kämpfe für die Gleichstellung der Zuwanderungsbevölkerung in der Schweiz. Noch in den 1950er und 1960er Jahren forderten Gewerkschaften unter dem Druck fremdenfeindlicher Strömungen eine restriktivere Migrationspolitik. Nach der knappen Ablehnung der Schwarzenbach-Initiative 1970 kam es zu einem Kurswechsel. Seitdem organisieren Gewerkschaften – damals vorab die Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) und heute die Unia – offensiv Migrantinnen und Migranten und integrieren diese auf allen Ebenen in ihre Strukturen.

Bilaterale als Durchbruch

Eines der Hauptziele gewerkschaftlicher Migrationspolitik war lange Zeit der Kampf gegen das Saisonnierstatut, auf dessen Basis massenhaft und befristet Arbeitskräfte mit eingeschränkten Rechten und schlechten Löhnen aus dem Ausland rekrutiert wurden. Politisch erfolgreich war dieser Kampf erst mit dem Abschluss der bilateralen Verträge, insbesondere durch das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union.

Kijan Espahangizi, Rassismusforscher und Politaktivist, würdigte im zweiten Vortrag an der SGB-Migrationskonferenz das Engagement der Gewerkschaften für die Rechte der Migrationsbevölkerung. Ein wichtiges Anliegen war ihm, auf den «strukturellen Rassismus» hinzuweisen, der in allen Nationalstaaten zu finden ist. Diesbezüglich rief er zur Achtsamkeit im Umgang mit Begriffen auf. So haben sich die Bedeutungen von «Migration», «Migrant» und «Integration» in den letzten zwanzig Jahren im öffentlichen Diskurs verschoben. Menschen, die in der Schweiz leben, als «Migranten» zu bezeichnen, habe heutzutage vor allem die Funktion, die Bevölkerung zu spalten: Bestimmte Gruppen werden als fremd etikettiert und so ausgegrenzt.

Auch semantisch ist der Begriff nicht korrekt, da sich Zugewanderte in einer Situation *nach* der Migration befinden. Aus einer solchen «postmigrantischen» Perspektive geht es vor allem darum, elementare Rechte auf Partizipation und Gleichstellung einzufordern. Es gilt die Frage zu stellen, wem die Schweiz gehört, und den Anspruch auf demokratische Teilhabe geltend zu machen. Zu einem Zeitpunkt, an dem einem Viertel der Schweizer Bevölkerung elementare politische Rechte vorenthalten werden, geht es ähnlich wie bei der Einführung des Frauenstimmrechts auch um die Demokratisierung der Schweiz – und nicht etwa «nur» um Migrationspolitik.

Selbstbewusst für die Einheit

In der Podiumsdiskussion mit Gülizar Cestan (VPOD), Patrizia Mordini (Syndicom), Marilia Mendes (Unia) und Kijan Espahangizi wurde unter anderem angesprochen, auf welche Weise die Gewerkschaften Menschen mit Migrationshintergrund erreichen. Während für manche die Migrationsgeschichte einen wesentlichen Teil ihrer Identität und ihres politischen Bewusstseins darstellt, insistieren andere auf ihrem Recht, diese endlich hinter sich lassen zu können. Auch die Frage der Einheit von Zugewanderten und Einheimischen wurde von Podium und Plenum kontrovers diskutiert. Mehr denn je ist es heute eine Herausforderung für die Gewerkschaftspolitik, diese Einheit zu sichern.

In Zeiten eines grassierenden Neo-Nationalismus und Neo-Konservatismus finden die gewerkschaftlichen Kämpfe für die Gleichberechtigung unter erschwerten Bedingungen statt. Die Annahme der «Ausschaffungsinitiative» und der «Masseneinwanderungsinitiative» (MEI) wie auch die Verschärfung des Bürgerrechtsgesetzes auf 2018 stellen die Rechte von Menschen ohne Schweizer Pass infrage. Gleichzeitig konnte gerade in den letzten drei Jahren auch eine Reihe von Auseinandersetzungen gewonnen werden: Das eindeutige Nein zur «Durchsetzungsinitiative» und das eindeutige Ja zur erleichterten Einbürgerung der dritten Generation sind ebenso Erfolge wie die Umsetzung der MEI ohne Kontingente. Marilia Mendes formuliert es so: Es ist vor allem wichtig, dass wir selbstbewusst für unsere Rechte kämpfen.

Von Bienli und Blüemli

Der Kündigungsschutz bei Schwangerschaft beginnt zum Zeitpunkt der Befruchtung. Das hat das Bundesgericht in einem neuen Urteil festgehalten. Massgeblich ist also nicht die Einnistung der befruchteten Eizelle in der Gebärmutter. Zu beurteilen war der Fall einer Arbeitnehmerin, die noch vor Ablauf der Kündigungsfrist («vor Mitternacht des 31. März») ein Kind empfangen hatte. Damit wurde der Kündigungsschutz nach Art. 336c Abs. 1 lit. c OR ausgelöst. Das Bundesgericht hat damit entschieden, dass die Schwangerschaft im Arbeitsrecht nicht gleich definiert ist wie im Strafrecht. Der VPOD begrüsst diese Klärung. | *vpod (Foto: Salvia77/photocase.de)*

Die Befruchtung zählt.

Isoliertes Kopftuchverbot unerlaubt

Arbeitgeber können das Tragen von Kopftüchern in ihrem Betrieb verbieten – aber nicht einfach so. Ein Verbot muss begründet sein. Und es muss für alle Arten von weltanschaulichen Zeichen Gültigkeit haben. Dies hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg entschieden. Die klagende Belgierin war bei einem Unternehmen tätig, das Rezeptions- und Empfangsdienste anbietet. Weil die Firma «sichtbare Zeichen der politischen, philosophischen oder religiösen Überzeugung» generell untersagt und weil sie mit der Neutralität gegenüber der Kundschaft ein Argument dafür beibrachte, verstösst ihre Regelung nicht gegen die EU-Gleichbehandlungsrichtlinie. | *vpod*

Behinderung ist zumutbar

Erstmals ist in der Schweiz eine Klage nach dem Behindertengleichstellungsgesetz gutgeheissen worden. Das Mineralbad Unterrechstein hatte einer begleiteten Gruppe von Kindern mit geistiger und körperlicher Beeinträchtigung den Zugang verwehrt: Deren Anwesenheit sei den anderen Gästen nicht zuzumuten. Die Behindertenorganisationen freuen sich, dass das Kantonsgericht Appenzell Ausserrhoden dieses Zutrittsverbot für unzulässig erklärt hat. Das Bad ist öffentlich, also auch für Menschen mit Behinderung zugänglich. Punkt. | *slt*

Susi Stühlinger Die Gartenmesse

Unglaublich inspirierend, sagt Doris und knallt eine Papiertüte auf den Stammtisch. Die Tüte ist voll mit Papier. Doris kommt grad von Oerlikon. Von der Gartenmesse. Der gigantischsten aller Gartenmessen, vielleicht aller Oerlikoner Messen überhaupt. Der Messe mit dem klingenden Namen «Giardina». Nicht zu verwechseln mit der fast gleichnamigen Gruppe «besorgter Bürger» (Selbstdeklaration), die sich zusammengefunden hat, um die «Zerstörung der Milizarmee und der Schweizer Wehrkultur aufzuhalten» und «die Glaubwürdigkeit der Landesverteidigung wiederherzustellen». Wobei sich zumindest farblich – viel Grün, viele Erdtöne – doch irgendwie Parallelen ergäben.

Es nehme ihn ja wunder, sagt Koni mit Blick auf den Berg von Prospekten, wie viele Bäume ihr Leben hätten lassen müssen, für die Vermarktung von all diesem Grünzeug. Irgendwie zynisch, sagt Koni. Und überhaupt frage er sich, was das heutzutage noch bringe. Grad für das Gewerbe – ein Riesenbrimborium, Ressourcenverschleiss à gogo, ganze Wälder verpflanzen in die höchst unnatürliche Umgebung aus Glas und Stahl, nur für vier, fünf Tage, und am Ende bestellten die Leute trotzdem alles im Internet – im Ausland.

Du hattest noch nie einen Sinn für die schönen Dinge, sagt Doris – und ob ich das hab, protestiert Koni und deutet auf sein Bier. Schönheit liegt im Auge des Betrachters, sage ich, und Doris sagt, dass sie Koni ja verstehen könne. Sie habe schon den Eindruck gehabt, dass die meisten Messebesucher, also die männlichen unter den Zehntausenden von Leuten, das alles wohl ähnlich gesehen hätten wie er: Wie die sich so mit hängenden Schultern und gramen Gesichtern im Schlepptau ihrer Gattinnen durch die Massen gepflügt hätten, die Mienen nur gelegentlich angesichts einer Motorsäge, eines Rasenmähers oder Kärchers kurz aufgehellt, habe ihr das schon fast ein bisschen leidgetan.

Vielleicht, sinniert Doris, wäre das gar ein Geschäftsmodell. So wie überforderte Eltern bei Ikea die Möglichkeit haben, ihren Nachwuchs zwecks ungestörten Einkaufs im eigens dafür eingerichteten Kinderparadies abzugeben, könnte man an so einer Messe einen Bereich ausscheiden voll mit Motorsägen und Rasenmähern und Kärchern, wo man seinen Mann abgeben dürfte – hypothetisch natürlich, denn Doris hat gar keinen Mann. Ja aber, fragt Koni, ob sie, Doris, Vorkämpferin wider die Zerstörung des lokalen Gewerbes und der Schweizer Lädelikultur, denn wenigstens etwas gekauft habe oder, und er deutet auf den Prospektstapel, zumindest vorhabe, das noch zu tun, vielleicht fürs Frühlingssortiment in ihrem Geschäft. Nein, sagt Doris, wo käme sie da auch hin, wenn sie für ihr eigenes Lädeli all die überteuerten Produkte der Gewerbler einkaufen müsste, und im Garten zuhause habe sie weiss Gott keinen Platz für noch mehr Gerümpel. Und sowieso: Brauchen tue man all das Zeugs ja nicht wirklich. So ist die Messe fürs Gartengewerbe der fast gleichnamigen Gruppe zur Erhaltung der Schweizerischen Wehrkultur doch viel ähnlicher als eingangs gedacht: Letzten Endes nämlich ein Auslaufmodell.

Susi Stühlinger ist Autorin, Schaffhauser Kantonsrätin und Jusstudentin.

Berliner Flughäfen: Streik am Boden brachte Erfolg.

Berliner Flughäfen: Erfolg am Boden

Streiks sind in der europäischen Zivilluftfahrt häufig geworden: Sie sind die Folge eines mörderischen Preiskampfs unter den Fluggesellschaften. An den Flughäfen kämpfen oft mehrere Serviceunternehmen gegeneinander. Das Bodenpersonal an den Berliner Flughäfen Tegel und Schönefeld hat jetzt durch einen mehrtägigen Streik einen um bis zu 1,90 Euro höheren Stundenlohn durchgesetzt (bisher: knapp 11 Euro, gesetzlicher Mindestlohn: 8,84 Euro). Verdi beklagt das Fehlen eines Branchentarifvertrags; so müssen Verbesserungen an den Standorten einzeln erkämpft werden. | *slt (Foto: slt)*

Coca-Cola plagt Gewerkschaften

Die indonesischen Produktionsstätten von Coca-Cola sind ein Hort gewerkschaftsfeindlicher Machenschaften. 2015 gründeten Beschäftigte indonesischer Abfüllanlagen unabhängige Gewerkschaften. Die Reaktion des Unternehmens folgte prompt (und mit Wissen der US-amerikanischen Muttergesellschaft): Gewerkschaftsmitglieder wurden schikaniert, bedroht und mit Disziplinarverfahren belegt, ihre Führer wurden suspendiert oder entlassen. Die Firma weigerte sich zudem, mit den unabhängigen Gewerkschaften in Verhandlungen zu treten. Bisher haben auch die Proteste der Internationalen Foodworker-Union IUF kein Einlenken gebracht, weder in Indonesien noch beim Konzernmanagement in Atlanta. | *labourstart*

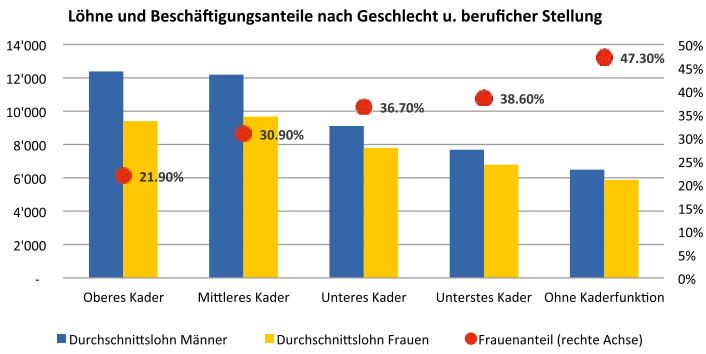
Einheitliche Kita-Standards

27 Organisationen, darunter NGO im Bereich Familie und Kind, Gewerkschaften und Kita-Träger, verlangen deutschlandweit einheitliche Qualitätsstandards für Kitas. Auch in unserem nördlichen Nachbarland hat der qualitative Ausbau der Kinderbetreuung mit dem quantitativen nicht Schritt gehalten. Dabei zahlt sich Qualität aus: Wenn Kids gut betreut werden, kann das unterschiedliche Startbedingungen wirksam ausgleichen. Die unterzeichnenden Verbände – das Spektrum reicht vom DGB über die Waldorfkindergärten bis zum Familienbund der Katholiken – stellen klar, dass ihre Initiative ohne Mehrausgaben nicht umzusetzen ist. | *slt*

Wirtschaftslektion Hartnäckige Diskriminierung

15 000 Menschen zogen am 18. März durch Zürich, um für Frauenrechte und Gleichberechtigung zu demonstrieren (siehe auch Seite 9). Denn in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen halten sich die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern äusserst hartnäckig. Zum Beispiel die Lohnunterschiede: Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) verdienten Frauen in der Privatwirtschaft im Jahr 2014 immer noch knapp 20 Prozent weniger als Männer.

Um Relativierung bemühte Zeitgenossen führen ins Feld, dass 60 Prozent dieser Lohndifferenz durch angeblich objektive Faktoren wie Qualifikation, persönliche, arbeitsplatzbezogene oder unternehmensspezifische Merkmale erklärt werden können. Bleiben 40 Prozent unerklärte Lohndifferenz, die sich weiter verringern würden, wenn nicht beobachtbare Charakteristika, zum Beispiel die häufigeren Erwerbsunterbrüche von Frauen, ebenfalls einbezogen würden.



Quelle: Büro BASS/BFS 2017

Alles halb so schlimm also. Wirklich? Diese Betrachtungsweise blendet wichtige Zusammenhänge aus. Sie geht davon aus, dass nur dann Diskriminierung vorliegt, wenn Frauen mit identischen Charakteristika für die gleiche Tätigkeit, in derselben Position und im gleichen Unternehmen weniger verdienen als Männer. Ignoriert wird, dass es für Frauen deutlich schwieriger ist, in gewisse Berufe und Positionen zu gelangen. Man spricht von Beschäftigungs- und Beförderungsdiskriminierung.

Für beide Phänomene gibt es nicht nur Tonnen anekdotischer, sondern auch wissenschaftliche Evidenz. Und beide Phänomene sind eng mit Lohndiskriminierung verbunden.

Dies zeigt sich am Beispiel der beruflichen Stellung, die das BFS bei der Berechnung der unerklärten Lohndifferenz kontrolliert. Dadurch werden lediglich Personen auf derselben Hierarchiestufe miteinander verglichen. Nicht berücksichtigt wird dabei, dass Frauen viel seltener in obere Kaderpositionen mit besserer Entlohnung kommen. So liegt der Frauenanteil bei Jobs ohne Kaderfunktion bei 47 Prozent, während er im oberen Kader nur gerade 22 Prozent beträgt (siehe Grafik).

Noch extremer sieht es beim Frauenanteil in Verwaltungsräten grosser Unternehmen aus. Dieser beträgt hierzulande laut OECD nur 13 Prozent und liegt deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 20 Prozent. Bemerkenswert ist auch, dass der Lohnunterschied mit steigender Hierarchiestufe zunimmt. Frauen befinden sich nicht nur seltener in höheren Kaderpositionen, sondern verdienen dort auch deutlich weniger als Männer.

Die Reduktion der Lohndiskriminierung auf den unerklärten Teil der Lohndifferenz verstellt die Sicht auf diese Unterschiede. Trüge man ihnen Rechnung, würde sich die ausgewiesene Diskriminierung sogar noch vergrössern statt verkleinern. | *Daniel Kopp, MTEC ETH Zürich*

Japan: Freitags früher gehen?

Japan gehört zu den Industrienationen mit den längsten Arbeitszeiten. Nicht unbedingt auf dem Papier: Dort sind zum Beispiel 4 Wochen Urlaub garantiert. Aber viele Beschäftigte beziehen nur einen Teil davon, wie sie auch weit über die vereinbarte Arbeitszeit hinaus in der Firma bleiben, oft bis tief in die Nacht. 80 Überstunden pro Monat gelten als Durchschnittswert. Jetzt hat die japanische Regierung zusammen mit Wirtschaftsverbänden die Aktion «Premium Friday» ins Leben gerufen; nicht etwa aus Mitleid mit den geschundenen Arbeitnehmenden, sondern vielmehr aus Sorge um den Konsum. Es lähmt die Wirtschaft, wenn zum Ausgeben des verdienten Geldes keine Zeit bleibt. Daher soll neuerdings jeweils am letzten Freitag im Monat um 15 Uhr Arbeitsschluss sein. Viele Beschäftigte befürchten allerdings, dass die verordnete Freizeit in der Folgewoche kompensiert werden muss. Und für viele zumal männliche Japaner, die ausserhalb ihres Arbeitslebens keinerlei soziale Kontakte haben, dürfte der vorzeitige Feierabend vor allem dazu führen, dass sie früher am Abend damit anfangen können, sich zu betrinken. | *slt*

Uber gibt in Dänemark auf

Sobald der Fahrdienst Uber gezwungen wird, dem Taxigewerbe vergleichbare Vorschriften einzuhalten, ist sein Geschäft nicht mehr rentabel. Das zeigt das Beispiel Dänemarks. Dort verlangt ein neues Gesetz, dass auch in Uber-Autos Taxameter installiert sind. Die Folge: Uber zieht sich aus dem dänischen Geschäft zurück. Anfang März hatte die Polizei zudem angekündigt, Uber-Fahrer wegen illegaler Taxifahrten dranzunehmen. Bereits 2016 gab es Geldbussen. | *vpod*

Spanien: Boom ohne Stellen

Die Wirtschaft Spaniens wächst, letztes Jahr um satte 3,2 Prozent – aber auf dem Arbeitsmarkt tut sich nichts. Dies stellt die *NZZ* (2.3.2017) fest. Die Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau (derzeit 18,2 Prozent). Von den neuen Stellen beruhen nur 10 Prozent auf festen Verträgen; der Rest: befristet, schlecht bezahlt, prekär. Damit fehlt es am Aufschwung auf der Konsumseite, der dem Land nachhaltig aus der Krise helfen könnte. | *slt*

Kopenhagens Strassen: Gesetz verscheuchte Uber.

Wer war's? Proletarier aller Mannschaften

Fussballprofi werden! Wenn sich Kids mit diesem Berufswunsch bloss an Messi und Ronaldo orientieren, haben sie ein verzerrtes Bild der Realität. Zurechtgerückt wird dieses durch eine jüngst publizierte Studie der internationalen Fussballergewerkschaft Fifpro. 14 000 Profis aus 54 Ländern wurden befragt. Resultat: 45 Prozent verdienen weniger als 1000 Dollar im Monat. Es scheint sich im Sport ähnlich zu verhalten wie in der Musik: Einige wenige können richtig fett davon leben. Millionen haben in ihrer Freizeit Spass daran. Diejenigen, die zwischen die beiden Kategorien fallen, sind übel dran.

Prekäre Branche, hier wie dort, mit wackligen Verträgen und ungesicherter Anstellung. Nur 59 Prozent der von Fifpro befragten Kicker können sicher sein, Ende Monat das vereinbarte Geld auf dem Konto vorzufinden. Verspätungen von zwei, drei, vier Monaten sind häufig – und offenbar nicht selten auch das Druckmittel, ungeliebte Kräfte loszuwerden. Obwohl die Verträge eh kurze Laufzeiten haben, werden viele Fussballer in vorzeitige Transfers gedrängt. Einzeltrainings ohne Ende und ein Abo für die Bank gehören zum Grundrepertoire der Vergrämungstaktiken von Seiten der Clubs. Diskriminierung, Gewalt und Stalking können auch von «Fans» ausgehen.

In der Schweiz vertritt die Swiss Association of Football Players die Interessen der Profifussballer. Die ist zwar erst wenig in Erscheinung getreten, aber die Ziele sind hehr: Gegen Kunstrasen. Gegen Rassismus. Gegen Ausbeutung. Man will den Spielern helfen, einen Plan für «danach» zu entwickeln. Und: Man setzt sich für einen Gesamtarbeitsvertrag ein. Die Organisation besteht seit 2001; unser Rätsel befasst sich mit deren Vorgeschichte. Die einstige Gewerkschaft «Profoot», die auch Mitglied beim SGB war, löste sich 1997 nach kurzer Zeit wieder auf. Die Ambitionen des VPOD, selbst als Sportgewerkschaft zu reüssieren, waren in der Folge nicht wirklich erfolgreich.

Heute suchen wir den Präsidenten jener Fussballgewerkschaft, dessen Rücktritt dem Verband «Profoot» den Todesstoss versetzte. Es handelt sich bei diesem rührigen Gewerkschafter um einen der bekanntesten, beliebtesten und bestaussehenden Spieler der Schweizer Fussballgeschichte. In 426 Nationalliga-A-Spielen kam er zum Einsatz, 5 Mal wurde er mit seinem jeweiligen Club Schweizer Meister. Im Trikot der Schweizer Nati lief er 77 Mal auf, wobei er 9 Mal das Runde ins Eckige tat. Der Fragliche hat auch im Ausland Erfahrungen gemacht: In der Bundesliga streifte er ein gelb-schwarzes Spielerhemd über, und als Trainer wirkte er in Mannheim (Nord) und in Korea (Süd). Heute sieht man ihn gelegentlich als TV-Experten. Die Information, dass die erste Station des Spielers der FC Amriswil, die letzte des Trainers des SC Cham war, rundet dieses kleine Porträt ab.

Vor dem Schlusspfiff noch die üblichen Durchsagen: Die Bedingungen sind wie immer. Das heisst: Unter den richtigen Lösungen werden drei Büchergutscheine (100, 50 und 20 Franken) verlost. Dafür muss die Postkarte bis am 21. April ins Goal: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. | *slt*

Es war Marc-Antoine Charpentier

«Charpentier» heisst «Zimmermann». Der war auch im französischen Sprachraum ein gefragter Handwerker, der Name daher verbreitet. Zwei Träger desselben wurden als Komponisten berühmt: Gustave in der Spätromantik (die Oper «Louise» wird allerdings kaum mehr gespielt), Marc-Antoine mehr als zwei Jahrhunderte zuvor in der Barockzeit. Zwar blieb ihm die Spitzenposition am Hof von Ludwig dem XIV. versperrt, weil Jean-Baptiste Lully ihm vor der königlichen Sonne sass und das Opernwesen quasi monopolisierte. So schrieb unser Zimmermann eben Kirchenmusik. Am berühmtesten ist ein «Te Deum» geworden, weil dessen prägnante Eingangstakte der Eurovision seit 1954 als Erkennungsmelodie dienen. Béatrice Baumgartner (Basel), Daniel Gelzer (Ostermundigen) und Nadaw Penner (Burgdorf) haben dieses Wissen mit Losglück kombiniert. | *slt*

Kanton Aargau

Aarau, Montag, 1. Mai
16.30 Uhr Besammlung auf dem Bahnhofplatz beim Bushof. Umzug zu den Markthallen (zwischen den Toren). 17.30 Uhr Moderation: *Silvia Dell'Aquila* (VPOD-Regionalsekretärin Aargau-Solothurn). Ansprachen: *Daniel Siegenthaler* (Kandidat Stadtpräsidium, SP Aarau), *Irène Kälin* (Präsidentin Arbeit Aargau, Grossrätin Grüne, Lenzburg) und *Leona Klopfenstein* (Einwohnerrätin SP, VPOD, Aarau). Ab 16 Uhr Festwirtschaft bei der Markthalle mit Info- und Marktständen. Darbietungen von *Etrit Hasler* (Poetry Slam) und *Sugar and the Josephines* (Swing und Songs).

Baden, Montag, 1. Mai
Ab 12 Uhr auf dem Bahnhofplatz. 14 Uhr Umzug durch die Badener Innenstadt. Begrüssung: *Florian Vock* (Präsident 1.-Mai-Komitee Baden). Moderation: *Karin Bächli* (Vizepräsidentin Einwohnerrat Baden). Ansprachen: *Paul Rechsteiner* (SGB-Präsident, Ständerat, St. Gallen), *Tamara Funiciello* (Präsidentin Juso Schweiz), *Irène Kälin* (Präsidentin Arbeit Aargau, Grossrätin Grüne, Lenzburg) und *Amina Abdulkadir* (Wortklangkünstlerin). Bis 19 Uhr Festwirtschaft mit Musik von *Claudio Eckmann* (Akkordeon) und *Katharine Rüegg* (Violine).

Brugg, Montag, 1. Mai
Ab 16.30 Uhr Apéro im Odeon. Begrüssung und Moderation: *Andrea Metzler* (Stadträtin SP, Brugg). Ansprachen von: *Urs Hofmann* (Regierungsrat SP, Aarau) und *Dieter Egli* (Präsident SP-Grossratsfraktion, Windisch). 18.10 Uhr Film «*Der junge Karl Marx*» (Vorpremiere).

Lenzburg, Montag, 1. Mai
Ab 16 Uhr auf dem Metzgplatz. Ansprachen: *Corinne Schärer* (Gleichstellungsbeauftragte, GL Unia Schweiz, Bern), *Aurel Gautschi* (Juso Aargau, Lenzburg) und *Gabriela Suter* (Grossrätin SP, Aarau). Bis 20 Uhr Festwirtschaft mit Grill, Infoständen, Musik, Kaffee und Kuchen.

Reinach, Sonntag, 30. April
Ab 16 Uhr in der Waldhütte Stierenberg. Moderation: *Roman Merz* (Präsident SP Bezirk Kulm). Ansprachen: *Florian Vock* (Vize-Präsident AGB, Baden) und *Alfred Merz* (Grossrat, Vizeammann SP, Menziken). Festwirtschaft mit selbstgebrautem Bier, Currywurst, Musik, Kaffee und Kuchen.

Rheinfelden, Montag, 1. Mai
Ab 11.30 Uhr im Clublokal Colonia Libera, im Rumpel. 12.45 Uhr Demonstrationszug zur Schifflände. Treffen mit den deutschen Kolleginnen und Kollegen zum Apéro. 13 Uhr Ansprachen bei der Schifflände: *Brigitte Rüedin* (Vizeammann, Stadt Rheinfelden) und *Katrin Distler* (DGB, Präsidentin Interregionaler Gewerkschaftsrat). Ab 15.15 Uhr Ansprachen im Rumpel: *Paul Rechsteiner* (SGB-Präsident, Ständerat SP, St. Gallen), *Peter Koller* (Grossrat, Stadtratskandidat SP, Rheinfelden) und *Paola Gallo* (Geschäftsleiterin Verein Surprise, SP, Colonia Libera, Basel). Bis 20 Uhr Festbetrieb im Rumpel. Enzos Spaghetti und Unterhaltung mit *Donato*.

Wohlen, Montag, 1. Mai
Ab 17.30 Uhr in der Kulturbeiz Chappelehof. Begrüssung: *Cyrille Meier* (Präsident Einwohnerratsfraktion SP, Wohlen). Ansprache: *Arsène Perroud* (Grossrat, Gemeinderat SP, Wohlen). Kulinarisches aus der Kulturbeizküche. Musik von *Patrick Grob*.

Zofingen, Montag, 1. Mai
Ab 16 Uhr in der Markthalle. Moderation: *Viviane Hösli* (Geschäftsführerin Arbeit Aargau, Zofingen). Ansprachen: *Florian Vock* (Vizepräsident AGB, Baden), *Yvonne Feri* (Nationalrätin SP, Wettingen) und *Rahela Syed* (Grossrätin, Stadträtin SP, Zofingen). Festwirtschaft, Risotto, Feines vom Grill, Infostände und Musik.

Kanton Basel-Landschaft

Liestal, Montag, 1. Mai
Ab 13 Uhr auf dem Zeughausplatz. Demonstration vom Bahnhof via Postgasse – Wasserturmplatz – Zeughausplatz. Ansprachen: *Cédric Wermuth* (Nationalrat SP, Zofingen), *Lukas Ott* (Stadtpräsident Liestal, Grüne BL), *Andreas Giger-Schmid* (Präsident GBBL, Grellingen) und *Ronja Jansen* (Co-Präsidentin SP BL, Frenkendorf). Festwirtschaft mit der Band *Brass Attack*.

Kanton Basel-Stadt

Basel, Montag, 1. Mai
10 Uhr Besammlung auf dem Messeplatz. 10.30 Uhr Demonstration via Claragraben – Wettsteinbrücke – Steinenberg zum Barfüsserplatz. Ansprachen: *Toya Krummenacher* (Präsidentin BGB, Grossrätin SP, Regionalsekretärin VPOD, Basel), *Heiner Flassbeck* (deutscher Wirtschaftswissenschaftler), *Stefan Giger* (VPOD-Generalsekretär, Oberentfelden), *Sibel Arslan* (Nationalrätin BastA!, Basel). 12 bis 19 Uhr Festbetrieb auf dem Barfüsserplatz. Unterhaltung: 12.15 Uhr *Guy Krneta*, 13 Uhr *Tommy Vercetti*, 14.15 Uhr *Ivan Ergi*, 15.15 Uhr *Basler Beizenchor*, 16.30 Uhr *Mer Ayang*.

Kanton Bern

Bern, Montag, 1. Mai
11 Uhr Besammlung in der Kramgasse. 11.30 Uhr Umzug zum Bundesplatz. Ansprachen: *Béatrice Stucki* (Regionalsekretärin VPOD, Grossrätin SP, Präsidentin Gewerkschaftsbund Stadt Bern und Umgebung), *Vania Alleva* (Präsidentin Unia), *Evi Allemann* (Nationalrätin SP), *Natalie Imboden* (Grossrätin Grüne), *Tamara Funiciello* (Präsidentin Juso Schweiz) und *Ömer Resitoglu* (Migrationsvertreter). Zum Abschluss singen *Linggi Schnurre* die Internationale. Ab 12.50 Uhr Risotto (mit Maibändel gratis). Verpflegungsstände. 14.15 Uhr Veranstaltung der Jugendorganisationen im Zelt zum Thema «Antwort auf Rassismus – Klassenkampf». Diskussion mit *Tommy Vercetti* und dem *Kollektiv Überzeit*. Konzerte von *Beat Moustache* und *Those Capones*. Ab 18 Uhr Ausklang im Kulturlokal Ono (Kramgasse 6) mit *Jukebox* und *Linggi Schnurre*. 19 Uhr *Magic Five* im Restaurant Volkshaus 1914, Zeughausgasse 9.

Bern, Montag, 1. Mai
Ab 10 Uhr *Lenincup* (traditionelles Fussballturnier) auf der Allmend. Anmeldung und Auskunft bei Thomas Gerber (gerber.thomas@bluewin.ch). Anmeldeschluss: 21. April.

Biel, Montag, 1. Mai
17 Uhr Besammlung auf dem Bahnhofplatz. Demonstrationszug zum Zentralplatz. Ab 12 Uhr Barbetrieb auf dem Zentralplatz (bei schlechtem Wetter auf dem Vorplatz des Kongresshauses). Ansprachen: *Sibel Arslan* (Nationalrätin BastA!, Basel), *Tamara Funiciello* (Präsidentin Juso Schweiz), *Judith Schmid* (Vorstandsmitglied Stand up for Refugees, Stadträtin Biel) und *Teresa Matteo* (Nationale Branchenleiterin Unia). Konzert mit *Studeyeah*.

Burgdorf, Montag, 1. Mai
17.30 Uhr auf der Brüder-Schnell-Terrasse (bei schlechtem Wetter unter den Marktlauben). Ansprache von: *Anette Vogt* (Stadträtin SP, Burgdorf). Ab 16.30 Uhr Festwirtschaft mit der *Harmoniemusik Burgdorf* und *Chèvre Chô*.

Interlaken, Montag, 1. Mai
Ab 17 Uhr in der Aula der Sekundarschule. Moderation: *Sabina Stör* (Gemeinderätin SP). Ansprachen: *Alain Berset* (Bundesrat SP, Freiburg), *Christoph Ammann* (Regierungsrat Kanton Bern, SP, Meiringen) und *Urs Graf* (Grossrat/Gemeindepräsident SP, Interlaken). Bis 20.30 Uhr Festbetrieb mit der Band *Tächa* und einer albanischen Tanzgruppe.

Oberbipp, Montag, 1. Mai
Ab 16.30 Uhr in der Waldhütte Längwald. Ansprache: *Christoph Ammann* (Regierungsrat Kanton Bern, SP, Meiringen). Festbetrieb.

Thun, Montag, 1. Mai
Ab 14 Uhr auf dem Rathausplatz. Begrüssung: *Alice Kropf* (Präsidentin 1.-Mai-Komitee, Stadträtin SP). Moderation: *Roman Gugger* (Stadtrat Grüne, SEV-Gewerkschaftssekretär). Ansprachen: *Jacqueline Badran* (Nationalrätin SP, Zürich), *Vania Alleva* (Präsidentin Unia), *Hasim Sancar* (Grossrat, Grüne, Bern) und *Severin Zeller* (Juso Thun Berner Oberland). 17.30 Uhr 1.-Mai-Demo. Ab 22.30 Uhr Chill-out im Mundwerk (obere Hauptgasse 49). Festwirtschaft mit Vegi-Menü, Bratwurststand, Crêpes, Tombola. Spielgeräte für Kinder.

Kanton Graubünden

Chur, Montag, 1. Mai
Ab 17 Uhr auf dem Theaterplatz. Ansprache: *Cédric Wermuth* (Nationalrat SP, Zofingen). Kurzreden: Juso, Kurdischer Kultur- und Solidaritätsverein Chur, Verein für Asylsuchende. Poetry Slam von *Renato Kaiser*. Festbetrieb bis 20 Uhr.

Kanton Luzern

Luzern, Montag, 1. Mai
Ab 11 Uhr auf dem Kapellplatz. Ansprache: *Regula Bühlmann* (Zentralsekretärin SGB, Bern). 17 Uhr Demonstrationszug via Jesuitenkirche – Weinmarkt wieder zurück zum Kapellplatz. Bis 22 Uhr Festbetrieb mit Politik, Kultur, Speis und Trank für alle in Luzerns Altstadt.

Kanton St. Gallen

Grabs, Montag, 1. Mai
Ab 16.30 Uhr Stand an der Staatsstrasse. Gespräche, Apéro und Häppchen bis 18.30 Uhr. Mit *Hildegard Fässler* (alt Nationalrätin SP).

Rapperswil, Montag, 1. Mai
Ab 11 Uhr auf dem Fischmarktplatz. 15 Uhr Ansprache: *Claudia Friedl* (Nationalrätin SP, St. Gallen). Festbetrieb bis 17 Uhr.

Rorschach, Montag, 1. Mai
Ab 19 Uhr in der Café-Bar Treppenhaus. Ansprache: *Viviane Schindler* (Juso Kanton St. Gallen). 19 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Ansprache, 20.15 Uhr Nachtessen.

St. Gallen, Montag, 1. Mai
17 Uhr Besammlung im St. Leonhardspark, Demonstrationszug zum Marktplatz. Moderation: *Barbara Gysi* (Präsidentin Gewerkschaftsbund Kanton St. Gallen, Nationalrätin, Wil). Ansprachen: *Corrado Pardini* (Unia-Geschäftsleitung, Nationalrat SP, Biel), *Bettina Surber* (Kantonsrätin SP, St. Gallen) und *Riccard Nef* (Unia-Jugend, St. Gallen). Festbetrieb in der Marktgasse mit kulinarischen Höhenflügen und Arbeiterliedern.

St. Gallen, Dienstag, 2. Mai
20.15 Uhr im Palace «Freihandel: Welche Antwort der Linken?». Moderation: *Maria Huber* (VPOD-Regionalsekretärin, St. Gallen). Referate: *Willi Eberle* (Antikapitalistische Linke, Zürich), *Ursula Graf* (Vizepräsidentin SP, Kanton St. Gallen) und *Werner Rüdisühli* (Metallbauer).

Wil, Montag, 1. Mai
Ab 18.30 Uhr Restaurant Hof zu Wil. Ansprachen: *Min Li Marti* (Nationalrätin SP, Zürich) und *Andrea Scheck* (Juso, St. Gallen). Festbetrieb mit *Bettina Scheiflinger* (Autorin, Wil) und mit Musik von *Schärer-Bommer.*

Kanton Schaffhausen

Schaffhausen, Montag, 1. Mai
11 Uhr Besammlung in der Vorstadt. 11.30 Uhr Demonstrationszug zum Fronwagplatz. Ansprachen: *Barbara Gysi* (Nationalrätin SP), *Carlo Mathieu* (Gewerkschaftssekretär Syna) und *Linda de Ventura* (Kantonsrätin AL). 12 bis 16 Uhr Festbetrieb mit Musik.

Kanton Schwyz

Goldau, Montag, 1. Mai
Ab 18 Uhr im La Piazza beim Bahnhof Goldau, Bahnhofstrasse 9. Ansprache: *Dimitri Moretti* (SP-Regierungsrat, Erstfeld). Bis 24 Uhr Festbetrieb mit *Peter Fässler* (Akkordeon).

Kanton Solothurn

Balsthal, Montag, 1. Mai
Ab 14.30 Uhr im Bürgerhaus. Ansprache: *Fabian Müller* (SP-Kantons- und Gemeinderat, Balsthal). Festwirtschaft mit Produkten aus dem Claro-Laden und Musik.

Grenchen, Montag, 1. Mai
Besammlung 16.30 Uhr beim Bahnhof Grenchen-Süd. Demonstrationszug zum Marktplatz. Ansprachen: *Susanne Schaffner* (Regierungsratskandidatin SP, Olten) und *Ivano Marraffino* (Leiter Unia-Sektion Kanton Solothurn). Festbetrieb von 17 bis 20 Uhr auf dem Marktplatz (bei schlechtem Wetter in der alten Turnhalle). Musik mit *Jabahe.*

Olten, Montag, 1. Mai
13.30 Uhr Besammlung auf dem Bifangplatz. 14 Uhr Demonstrationszug zum Kulturzentrum Schützi. Moderation: *Edwin Loncar* (1.-Mai-Festkomitee). Ansprachen: *Sandra Vögeli* (Zentralsekretärin Syndicom, Jugend) und *Urs Huber* (SEV-Sekretär und Kantonsratspräsident). Fest bis 22 Uhr mit italienischer Küche, Sangria, Bar, Tombola und Robinsonspielplatz. Musik: *Tobias Waldmann & Friends.*

Solothurn, Montag, 1. Mai
15 Uhr Besammlung beim Gewerbeschulhaus. Demonstrationszug in die Fischergasse (zwischen Kreuz und Jugi). Ansprachen: *Franziska Roth* (Präsidentin SP Kanton Solothurn) und *Markus Baumann* (Präsident Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn, Derendingen). Solifest mit Speis und Trank, internationalen Essständen, Darbietung einer kurdischen Tanzgruppe und Rap/Hip Hop mit *Doppia Erre.* Ab 21 bis 2 Uhr traditionelle *1.-Mai-Benefizdisco* im Kreuzsaal.

Kanton Thurgau

Amriswil, Montag, 1. Mai
Ab 10 Uhr im Kulturforum Amriswil. Ansprachen: *Nina Schläfli* (SP-Präsidentin, Kreuzlingen), *Markus Mendelin* (Schulpräsident Amriswil-Hefenhofen-Sommeri), *Stefan Brülisauer* (Sektionsleiter Unia Thurgau), *Etrit Hasler* (Kantonsrat St. Gallen, Slampoet) und *Edith Graf-Litscher* (Nationalrätin SP, Frauenfeld). Musikalische Eröffnung durch die *Bigband der Jugendmusikschule Amriswil.* Bis 14 Uhr Festwirtschaft mit Chick'n'pick, Merks Röstischmaus und Kuchenbuffet.

Kanton Uri

Altdorf, Montag, 1. Mai
18.30 Uhr im Zeughaus. Ansprachen: *Prisca Birrer-Heimo* (Nationalrätin SP, Rothenburg), *Janine Wicki* (Transfair, Stadträtin, Bern), *Matthias Kuert* (Leiter Sozialpolitik Travail Suisse, Bern) und *René Röthlisberger* (Präsident Wirtschaft Uri, Altdorf). Festwirtschaft bis 22 Uhr.

Kanton Wallis

Brig, Montag, 1. Mai
Ab 19 Uhr im Bahnhofbuffet. 1.-Mai-Fest mit Reden und musikalischer Unterhaltung.

Kanton Zug

Zug, Montag, 1. Mai
Ab 17 Uhr auf dem Landsgemeindeplatz. Ansprachen: *Doris Bianchi* (SGB, Bern), *Fabian Freimann* (SP-Kantonsrat, Zug) und *Astrid Estermann* (ALG). Festbetrieb mit Infostand.

Kanton Zürich

Affoltern am Albis, Montag, 1. Mai
Ab 17 Uhr im Roots (innere Grundstrasse 8). Ansprache: *Daniel Frei* (SP-Kantonsrat).

Bülach, Montag, 1. Mai
Ab 10.30 Uhr im Guss39. Moderation: *Peter Fehr* (1.-Mai-Komitee). Ansprachen: *Tamara Funiciello* (Präsidentin Juso Schweiz), *Angelo Barrile* (Nationalrat SP) und *Katharina Prelicz-Huber* (Präsidentin VPOD Schweiz). Festwirtschaft mit Musik von *Flavia Zucca.*

Dietikon, Montag, 1. Mai
Ab 14 Uhr auf dem Kirchplatz. Ansprache: *Angelo Barrile* (Nationalrat SP).

Langnau am Albis, Montag, 1. Mai
Ab 14 Uhr im Schwerzisaal. Ansprachen: *Andreas Daurù* (Kantonsrat SP, Winterthur) und *Stefan Giger* (Generalsekretär VPOD, Oberentfelden).

Meilen, Montag, 1. Mai
Ab 14 Uhr im Restaurant Löwen. Ansprachen: *Mario Fehr* (Regierungsrat SP, Zürich) und *Thomas Forrer* (Kantonsrat Grüne, Erlenbach).

Uster, Montag, 1. Mai
Ab 10.30 Uhr in der Landihalle. Ansprache: *Mario Fehr* (Regierungsrat SP, Zürich).

Winterthur, Montag, 1. Mai
11 Uhr Besammlung auf dem Neumarkt. Umzug durch die Altstadt zur Mehrzweckhalle Teuchelweiher (Reithalle). Ansprachen: *Andreas Daurù* (Kantonsrat SP, VPOD Winterthur), *Regula Rytz* (Nationalrätin, Präsidentin Grüne, VPOD, Bern), *Barbara Gysi* (Nationalrätin SP, Wil) und *Etrit Hasler* (Kantonsrat St. Gallen, Slampoet). Ab 13.15 Uhr Maifest in der Reithalle. Konzerte mit *William Wormser* und *Götz Widmann.*

Zürich, Samstag, 29. April, bis Montag, 1. Mai
Grosses Polit-Fest auf dem Kasernenareal. Weitere Informationen: www.1mai.ch.

Zürich, Montag, 1. Mai
10.30 Uhr Besammlung auf dem Helvetiaplatz. Demonstration zum Sechseläutenplatz. 12 Uhr Kundgebung. Ansprachen: *Pierre-Yves Maillard* (Gesundheitsdirektor Waadt) und *Mithat Sancar* (HDP-Abgeordneter im türkischen Parlament).

Delegiertenversammlung des Verbandes vom 18. März 2017

Die Delegiertenversammlung hat

- nach einführenden Vorträgen von Stefan Giger, VPOD-Generalsekretär, von Doris Bianchi, SGB-Zentralsekretärin, und von Agostino Soldini, VPOD-Zentralsekretär, sowie nach intensiver Diskussion mit 22 zu 19 Stimmen die Unterstützung des Projekts «Altersvorsorge 2020» beschlossen. Dem SGB wird zuhanden seiner Delegiertenversammlung der entsprechende Antrag gestellt; die VPOD-Delegierten in der SGB-DV haben aber kein gebundenes Mandat.
- von der aktuellen Mitgliederentwicklung und von den Ergebnissen der Lohnverhandlungen Kenntnis genommen.
- auf die Abstimmung über die USR III zurückgeblickt und die VPOD-Kampagne gewürdigt.
- eine Resolution zugunsten der Lehrpersonen in der Türkei und ihrer Gewerkschaft Egitim Sen verabschiedet.
- die Parole für die Eidgenössische Volksabstimmung vom 21. Mai festgelegt: Ja zum Energiegesetz.

Stefan Giger, Generalsekretär

VPOD-Landesvorstand vom 3. März 2017

Der Landesvorstand hat

- sich über die Mitgliederbewegung 2016 unterhalten, Vorschläge zur Werbung der AG des Landesvorstands diskutiert sowie die Werbeaktion «111 Jahre VPOD» evaluiert.
- den Assoziierungsvertrag mit dem Schweizerischen Fachverband Mütter- und Väterberatung (SFMVB) genehmigt.
- beschlossen, die Lehrergewerkschaft Egitim Sen in der Türkei mit 2000 Franken zu unterstützen.
- Verbesserungspotenzial für die externe Kommunikation des VPOD erörtert.
- die Traktanden für die Delegiertenversammlung des Verbandes vom 18. März festgelegt und sich über die Gestaltung des Traktandums «Altersvorsorge 2020» verständigt.
- Prioritäten und Ziele 2017 des Zentralsekretariates weiterdiskutiert und gutgeheissen.
- die ideelle Unterstützung eines Initiativprojekts der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) beschlossen, welches die Investition von Pensionskassengeld in Rüstung unterbinden will.

Stefan Giger, Generalsekretär

Rote Köpfe

«Das rote Arbon» war ein Begriff: Der Historiker Stefan Keller hat der Saurer-Stadt am Bodensee einst eine Monografie gewidmet («Die Zeit der Fabriken»). Jüngst feierte die dortige SP ihren 100. Geburtstag – vor beträchtlich verändertem Hintergrund: Der Niedergang von Saurer hat seine Spuren hinterlassen (auch die lokale VPOD-Sektion wurde jüngst als eigenständige Einheit aufgelöst). Zum Feiern gibt es trotzdem Anlass (die SP ist nach wie vor die stärkste Kraft im Gemeindeparlament): VPOD-Mitglied **Claudius Graf-Schelling** hat unter dem Titel «Roth und röter» unter Mitarbeit von Sabine Schifferdecker und Bernhard Bertelmann eine Jubiläumschronik vorgelegt. Ereignisse von lokalem, überregionalem, nationalem und internationalem Gewicht stehen unvermittelt nebeneinander – grad wie im richtigen Leben. Besonders angetan haben es uns die Fotos aus dem Jahr 1965, als die Sozialistische Bodensee-Internationale in Arbon tagte – mit **Bruno Kreisky**, **Willy Spühler** und **Willy Brandt** in der ersten Reihe! Und das Plakat zum **Arbeiterturnfest** von 1928!

«Star Wars»-Stadt Chur? Neue Kunststoff-Uniformen im Roboterlook für die Strassenreinigung? Der VPOD ist empört: Die Würde der Angestellten werde mit Füssen getreten, sagt Sekretär **Thomas Hensel** und kündigt Widerstand an. Der Blick fällt auf das Datum dieses Artikels der *Südostschweiz:* 1. April! Fake!

Für ihren Einsatz für die Lohngleichheit ist die Baselbieter Rechtsanwältin **Elisabeth Freivogel** von der Universität Basel mit dem Titel Dr. h.c. ausgezeichnet worden. Die Ehrenpromotion wird einer Frau verliehen, die sich «als Pionierin nicht nur unermüdlich für die Gleichberechtigung der Frau eingesetzt, sondern Gleichberechtigung auch durchgesetzt» hat. Den Kampf der Kindergärtnerinnen und der Hauswirtschaftslehrerinnen für fairere Löhne hat Freivogel in den 1990er Jahren juristisch begleitet.

NZZ-Redaktorin **Katharina Fontana** hat sich in einem Kommentar zum Internationalen Frauentag ausgetobt (*NZZ*, 7. März). Diesen nennt sie «eine aus dem Sozialismus importierte Festivität, die hierzulande jeweils mit viel Tamtam, Trillerpfeifen und Luftballons gefeiert wird, wobei dieses Jahr neu noch gemeinsame **Strickkränzchen** hinzukommen sollen» (im Bild eines beim VPOD Zürich). Nicht jede erwachsene Frau identifiziere sich mit solchen Auftritten, stänkert Fontana. Aber auch inhaltlich wird hier von Frau zu Frau Saures gegeben: Der Einsatz gegen strukturelle Diskriminierung und stereotype Rollenbilder erscheint Fontana unangebracht. Und der Bericht des Uno-Frauenausschusses dünkt sie die Kopie einer «rot-grünen Wunschliste». Nach dem übertriebenen Rundumschlag kündigte Fontana folgerichtig ihren Transfer zur *Weltwoche* an.

Eine kluge Antwort lieferte *Tages-Anzeiger*-Briefkastenonkel **Peter Schneider**, Psychoanalytiker, zu Gast jüngst auch an der VPOD-Verbandskonferenz Sozialbereich, auf die knifflige Frage, wie viel von seinem Geld man für wohltätige Zwecke spenden solle (*Tages-Anzeiger*, 8. März). «Statt den Tag damit zu verbringen, nach Einsparungsmöglichkeiten zu suchen, mit denen ich zur Linderung des Weltelends beitragen kann, habe ich für den Mindestlohn und für die 1:12-Initiative und gegen die USR III gestimmt.»

Ein Pläyoder «für die Stärkung institutioneller Strukturen und gegen die Privatisierung der politischen Dimension, in der Charity und Armut bestens zusammengehen».

Die Europäische Transportarbeiter-Föderation ETF, der Zusammenschluss der europäischen Bahngewerkschaften, hat eine neue Spitze: Der Präsident der Schweizer Gewerkschaft des Verkehrspersonals, **Giorgio Tuti**, hat auch auf Europaebene den Vorsitz übernommen. Tutis Ziel: «Verhindern, dass der Preis für die Liberalisierung und den Wettbewerb von den Arbeitnehmenden bezahlt wird.» Nützlich für das Amt ist, wenn einer als Secondo zwei Muttersprachen (Deutsch und Italienisch) hat und dazu noch zwei Fremdsprachen (Französisch und Englisch) kann! | *slt*

(Fotos: zVg, zVg, Florian Thalmann, slt, zVg)

Dank juristischer Intervention erreichte der VPOD eine bessere Regelung für den Pikettdienst im Hort

Ferien, die keine sind

Das neue Arbeitszeitreglement für das Personal der Horte hatte einen Schwachpunkt: Der Pikettdienst während der Schulferien war nicht geregelt. Der VPOD sorgte für Korrektur im Sinne der Beschäftigten.

| **Text:** *Sabine Braunschweig (Foto: lappes/iStock)*

Die VPOD-Rechtsschutzabteilung befasst sich nicht nur mit Einzelfällen, sondern auch mit kollektiven Anliegen der Mitglieder. So wurde der VPOD-Vertrauensanwalt beauftragt, juristisch abzuklären, wie der Bereitschaftsdienst in einem Hort während der Schulferien rechtlich zu qualifizieren sei. Konkret: Wie soll jene Zeit berechnet werden, in welcher sich die Beschäftigten während der Sommerferien Morgen für Morgen für einen Einsatz in der schulergänzenden Betreuung zur Verfügung halten müssen?

Klingelt's oder nicht?

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hortes arbeiten die übliche Arbeitszeit von 42 Stunden, die auf 39 Wochen verteilt wird. Während einer Schulferienwoche pro Jahr haben sich die Leitungspersonen für einen Einsatz bereit zu halten für den Fall, dass eine Ferienbetreuende wegen Krankheit oder aus anderen Gründen kurzfristig ausfällt. Sie tragen sich für eine Ferienwoche ein, in der sie zur Verfügung stehen. Jeden Morgen werden sie vor 9 Uhr benachrichtigt, ob sie zu arbeiten haben oder nicht. Der Arbeitsbeginn in den Horten ist jeweils um 11.50 Uhr, wobei die Betreuerin eine halbe Stunde vorher eintreffen muss. Falls ein Einsatz erfolgt, wird dieser separat ohne Zuschlag entschädigt. Erfolgt kein Arbeitseinsatz, wird keine Entschädigung ausgerichtet. Die VPOD-Gruppe hatte von Anfang an ihre Zweifel an dieser Regelung.

Der mit einem Rechtsgutachten beauftragte Vertrauensanwalt stützte sich auf das Personalstatut. Dieses verlangt, dass sich die Angestellten gegenseitig bei der Arbeit unterstützen und vertreten. Ebenso sind die Ferien innerhalb einer Abteilung oder eines Betriebs so zu regeln, dass keine Aushilfen angestellt werden müssen. Die Beschäftigten können also ausserhalb der ordentlichen Dienstzeit und über die vereinbarte Arbeitszeit hinaus in Anspruch genommen werden, wenn dies der Dienst erfordert. Und wenn es zumutbar ist. Dabei ist der Anspruch auf den Ausgleich oder die Vergütung von Überzeit sowie von Nacht-, Sonntags- und Pikettdienst geregelt.

Pikettdienst ist Präsenzzeit am Arbeitsort oder Bereitschaftsdienst ausserhalb des Betriebs und kann nur für Personen angeordnet werden, die noch nicht 60 Jahre alt sind. Die Entschädigung beträgt 3.50 Franken pro Stunde. Zusätzlich wird pro volle Pikettwoche ein Halbtag und pro Wochenende ein Viertelt ag bezahlter Urlaub gutgeschrieben. Bei dauerndem oder turnusmässigem Pikettdienst können pauschale Entschädigungen festgelegt werden. Bei seinen Ausführungen ging der Anwalt insbesondere auf die Unterschiede zwischen Pikettdienst und Arbeit auf Abruf ein. Von letzterer ist die Rede, wenn normale Schwankungen des Arbeitsvolumens aufgefangen werden. Beim Pikettdienst hingegen handelt es sich um ausserordentliche und dringende Einsätze, die weder plan- noch vorhersehbar sind.

Eine Ferienstellvertretung wie im Fall der fraglichen Horte erfüllt die Merkmale des Pikettdienstes. Die Angestellten wissen zwar, in welcher Ferienwoche sie sich bis morgens um 9 Uhr zu Hause bereithalten müssen. Aber ob und wann ein Einsatz erfolgt, ist völlig unbestimmt. Spät noch ins Kino? Bergwanderung mit Fränzi? Ausflug zu Tante Yvette an den Genfersee? All das lässt sich ja in solchen Pikettwochen nicht durchführen. Wie viele Stunden sollten denn nun als Bereitschaftsdienst entschädigt werden? Nur jene Zeit am Morgen, während der die Betroffenen auf einen Anruf warten, wo sie also die stärksten persönlichen Einschränkungen hinnehmen müssen? Oder auch die Nacht und der Rest des Tages, die wegen eines möglichen Arbeitseinsatzes nicht frei genutzt werden können?

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Sommer am Balkon? Pikettdienste müssen abgegolten werden.

Halber Urlaubstag extra

Dem Anwalt zufolge rechtfertigte sich die Vergütung der Stunden am Morgen, während denen die persönliche Einschränkung am grössten ist. Zusätzlich soll pro Pikettwoche ein halber Tag Urlaub gutgeschrieben werden. Dank dieses Gutachtens erhielten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der schulergänzenden Betreuung eine bessere Regelung, als sie das Departement zunächst verfügt hatte.

El Salvador: Perspektivlosigkeit ist ein Nährboden für Bandengewalt – Jugendkomitees halten dagegen

Trommeln gegen den Terror

Jugendliche in El Salvador organisieren sich, um der verbreiteten Perspektivlosigkeit und der Bandengewalt etwas entgegenzusetzen. Wendy Gómez, Alex Díaz und Heidy Mijango machen mit. | **Text**: *Christof Hotz (Foto: Eva Casutt)*

Den Zusammenhalt stärken: Wendy Gómez kämpft gegen gewalttätige Banden.

Die Strasse nach Tecoluca ist gesäumt von Strassenmärkten und Feldern. Wir sehen bewaffnete Polizisten und vermummte Soldaten. Alle haben Angst vor den immer zahlreicheren Maras, mafiaähnlich organisierten Jugendbanden, welche die Landbevölkerung terrorisieren. Über staubige Feldwege geht es weiter nach San Francisco Angulo. Hier, inmitten einer Landschaft aus Palmen, Bananen und Zuckerrohr, lebt Wendy Gómez mit ihren Eltern und ihrer Schwester. Die junge Frau hat an der Universität San Vicente soziale Arbeit studiert. Sie steht kurz vor dem Abschluss und sorgt sich um ihre berufliche Zukunft. Wird sie eine Stelle finden? Grosse Hoffnungen macht sie sich nicht: «Die Gemeinden schreiben immer wieder Stellen aus, aber sie verlangen mindestens zwei Jahre Berufserfahrung.»

Dabei engagiert sie sich seit fünf Jahren im lokalen Jugendkomitee. Nach einer achtmonatigen Führungsausbildung in Jugendarbeit bei der Solidar-Partnerorganisation Cripdes wurde sie Vizepräsidentin der lokalen Jugendkommission. Die 23-Jährige ist überzeugt, dass der Zusammenhalt in ihrem Dorf – vor allem auch bei den jungen Menschen – dafür verantwortlich ist, dass es hier keine Bandengewalt gibt: «Wer keine Perspektive hat, wählt eher den vermeintlich leichten Weg in die Delinquenz.» Die Aussichten für Jugendliche im ländlichen El Salvador sind in der Tat bescheiden: Die meisten arbeiten auf dem Feld oder bemühen sich um einen Marktstand. Wenn das nicht geht, versuchen sie es als fliegende Händlerinnen.

Fussball, Tanz und Kino

Um Perspektiven zu schaffen, arbeitet Cripdes am Aufbau eines Netzwerks. Berufsmessen, Praktika und Lehrgänge sollen auch für Jugendliche aus armen Familien einen Zugang zum Arbeitsmarkt schaffen. Einer, der davon profitieren könnte, ist Alex Díaz aus Santa Mónica. Der 21-Jährige trägt ein martialisches Death-Metal-T-Shirt. Er hat keinen Beruf gelernt und lebt bei seiner Mutter. Den Lebensunterhalt verdient er als Tagelöhner in der Landwirtschaft. Bis anhin hing er nach der Arbeit herum und hörte seine Musik. Doch seit der Führungsausbildung von Cripdes, die er zusammen mit Wendy Gómez besucht hat, organisiert er die Jugendlichen in seiner Gemeinde. Sein Komitee veranstaltet Fussballturniere, Tanzanlässe und Filmabende für Kinder und Jugendliche.

Auch eine Perkussionsgruppe ist so entstanden. Zunächst übten die Jugendlichen ihre Sambarhythmen auf alten Blumentöpfen. Der Sound zog andere an, und nach einer Weile sorgte das Solidar-Projekt für richtige Perkussionsinstrumente. Jetzt trommeln zehn Jugendliche aus drei Gemeinden zusammen. Sie proben zweimal wöchentlich und treten regelmässig auf. Das sorgt für Vernetzung und Anerkennung. «Nur weil wir jung sind und uns kleiden, wie wir wollen, sind wir noch lange keine Verbrecher – obwohl uns viele Erwachsene so sehen. Die Anlässe, die wir organisieren, korrigieren dieses Bild in unseren Gemeinden ein wenig», sagt Alex Díaz.

Ein Nein kann tödlich sein

Ein Dorf weiter – in El Puente – lebt Heidy Mijango in einer Wellblechhütte zusammen mit Eltern, Geschwistern und der 92-jährigen Oma. Die 16-Jährige hat ebenfalls die Cripdes-Ausbildung besucht und arbeitet am Aufbau einer Jugendkommission in ihrem Dorf. Ihr ältester Bruder wohnt nicht mehr hier. Er sei in die USA geflüchtet, erzählt uns die sonst so lebhafte junge Frau nachdenklich: «Er hatte Angst, zum Eintritt in eine Bande gezwungen zu werden, und lebt heute illegal in den USA.» Denn eine solche Anfrage kann man nicht ablehnen: Bei einem Nein wird man entweder sofort getötet oder erhält Bedenkzeit, während welcher andere Familienmitglieder schikaniert werden. Heidy Mijango selbst möchte Juristin werden, um für die Einhaltung der Gesetze sorgen zu können.

Als wir die Hütte verlassen, ruft uns Heidys Grossmutter nach, wir sollten ihre Enkelin beschützen. Uns wird schmerzlich bewusst, dass wir das nicht können. Umso wichtiger ist das Engagement dieser drei jungen Menschen, die sich zusammentun und gegenseitig unterstützen. In einem von Misstrauen geprägten Umfeld setzen sie ein Zeichen gegen Gewalt und Hoffnungslosigkeit.

Elisabeth Joris, Historikerin, Zürich

Die Welt retten

Die Historikerin Elisabeth Joris ist Autorin von Standardwerken zur Geschichte der Frauen in der Schweiz. Von Altersmilde wurde sie nicht erfasst: Als «Klimaseniorin» verklagt sie gerade den Bundesrat.

| **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)*

Das hatten die beiden Autorinnen nicht erwartet: dass die «Frauengeschichte(n)» gleich ein Bestseller würden. Die erste Auflage der «Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz», im Bücherherbst 1986 erschienen, war noch vor Weihnachten ausverkauft! 1995 folgte «Brave Frauen, aufmüpfige Weiber», worin die Auswirkung der Industrialisierung auf den weiblichen Alltag untersucht wird. Damit avancierten Heidi Witzig und Elisabeth Joris endgültig zu führenden Figuren der Schweizer Frauengeschichte. Frauengeschichte? Elisabeth Joris hört dieses Wort nicht mehr so gern; als Titel würde sie es heute nicht mehr verwenden. «Die Geschichte der Frauen soll als Teil der Geschichte gelesen werden – und nicht als deren Seitenwagen», sagt sie.

Von Altersmilde nicht ergriffen: «Klimaseniorin» Elisabeth Joris.

Mitten in den Aufbruch

Es ist eine ungewöhnliche Karriere, über die hier zu berichten ist: Von Visp nach kurzem Zwischenspiel in London mitten hinein in den Aufbruch der Zürcher Achtundsechzigerbewegung. Als freischaffende linke Historikerin ohne universitären Lehrstuhl zu hohem wissenschaftlichem Ansehen. Und dann die späte Dissertation, die – für viele überraschend – bürgerliche Frauen in den Mittelpunkt stellt, nämlich die Homöopathin Emilia Paravicini-Blumer und die Pädagogin Josephine Stadlin. Diese Themenwahl als Zeichen für eine Abkehr der Autorin von linken Positionen zu lesen, wäre indes grundverkehrt. Nicht weniger radikal sei sie als in jungen Jahren, sagt Joris, versöhnlicher allenfalls im Tonfall.

Ausbleibende Altersmilde: Elisabeth Joris hat mit Mitstreiterinnen die «Klimaseniorinnen» gegründet, weil sie buchstäblich noch immer die Welt retten will. Die Gruppierung hat den Bundesrat, das UVEK und die Bundesämter für Umwelt und für Energie verklagt: Die Schweizer Gesetzgebung sei untauglich, das an sich schon kaum genügende Ziel von maximal 2 zusätzlichen Wärmegraden zu erreichen. Auf Juristendeutsch: «Es haben die Gesuchsgegner in ihren Zuständigkeitsbereichen sämtliche Handlungen vorzunehmen, die nötig sind, um die Treibhausgasemissionen bis 2020 so zu reduzieren, dass der Beitrag der Schweiz dem ‹Deutlich-unter-2-Grad-Ziel› für die maximale Erderwärmung, eventualiter mindestens dem 2-Grad-Ziel, entspricht.» Ihre Legitimation leiten die Seniorinnen daraus ab, dass sie als ältere Frauen besonders von Hitzewellen betroffen wären, wie der Klimawandel sie mit sich bringt.

Freischaffende Angehörige der historischen Zunft arbeiten häufig unter prekären Bedingungen. Angemessen bezahlte Aufträge sind die Ausnahme (und am ehesten noch dann erhältlich, wenn eine Firma Jubiläum hat). Elisabeth Joris hat sich abgesichert, indem sie stets ein Pensum als Mittelschullehrerin behielt; über Jahrzehnte war sie als halbjährlich zu verlängernde «Hilfslehrerin» (später: «Lehrbeauftragte») angestellt. Eine solche gehört in den VPOD. Dort gestaltete sich 1976 das Aufeinandertreffen von jungen linken Feministinnen auf nicht so linke Nicht-so-Feministen keineswegs reibungsfrei – aber spannend. Das Standbein im Lehrberuf sicherte im Übrigen die Freiheit, die historische Arbeit an den eigenen Interessen auszurichten – und nicht an irgendwelchen akademischen Sachzwängen. Später kamen Lehraufträge an Universitäten und Fachhochschulen wie von selber dazu.

Im schönsten Kleid zum Streik

Ein gewerkschaftliches Thema haben auch die aktuellen Forschungen, welche Elisabeth Joris derzeit in ihrer Oberwalliser Herkunftsregion unternimmt. Kommendes Jahr sind «100 Jahre Landesstreik» zu feiern. Das Frauenstimmrecht gehörte 1918 zwar zu den zentralen Forderungen. Trotzdem sprechen fast alle überlieferten Dokumente rund um den Streik bloss von Männern. Wie die Frauen die Mobilisierung, den Ausstand und die Folgen erlebt haben? Bisher weiss Joris lediglich Anekdotisches. Was trägt ein junges Walliser Schulmädchen 1918 zur Streikdemo? Sein schönstes Kleid: das Erstkommunionskleid … Um die weibliche Erfahrung an jener Epochenwende sichtbar zu machen, muss sich die Historikerin also noch tiefer in die Archive wühlen. Denn wer sucht, findet ganz bestimmt – wenn auch nicht immer das Vermutete. Die Geschichtswissenschaft ist das Fach der unerwartet aufspringenden Türen.

HOTEL
i GRAPPOLI
LUGANO-SESSA

Frühlings-Hit für Mitglieder:
3 für 2! (inklusive Ostern)

3 Nächte bleiben und nur 2 bezahlen
CHF 184.– pro Person (anstatt CHF 276.–)

gültig bis 30. April 2017

Für alle anderen Hotel-Übernachtungen gilt:
15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote
25% Rabatt auf Preisliste

Hotel i Grappoli
6997 Sessa
Tel. 091 608 11 87
Fax 091 608 26 41
www.grappoli.ch • info@grappoli.ch

fb.com/Grappoli.Sessa

VERANSTALTUNGEN IM APRIL 2017

Ein Wochenende mit Christina Zurbrügg (voc, akk) und Michael Hudecek (sax, voc)

Freitag, 7. April
21 Uhr **In Asien: Filme und Musik**
«In Out – Move the World» *und*
«Eva Pilz, die Hindu-Priesterin auf Java»

Samstag, 8. April
16.30 Uhr **«Bleiben oder gehen»**
Historischer 16-mm-Film mit anschliessender Diskussion
21 Uhr **«Jodel & di più»**
Jodelkonzert und Filmausschnitte

Sonntag, 9. April
16.30 Uhr **«Halbtag»**
Pferdefilm und ein kleiner Jodelkurs für alle

Ostern im «I Grappoli»

Sonntag, 16. April
ab 12 Uhr **Traditionelles Ostermenü**
14.30 Uhr **Eiersuche mit dem Zauberer René**
Kinderanimation mit Preisen
und lustigen Überraschungen

15. April bis 15. Juni
Bilder von **Francesco Fumagalli** *(Ausstellung)*

AZB Postfach 8279, 8036 Zürich

Ich will VPOD-Mitglied werden!

☐ **Ich möchte dem VPOD beitreten.**

☐ **Ich interessiere mich für die Arbeit des VPOD und möchte mehr Informationen.**

Vorname/Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Arbeitsort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Senden an: VPOD, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich, oder mailen an: vpod@vpod-ssp.ch

vpod ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter | *slt*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 20 000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C009035

Titelseite: *Foto: Kais Tolmats/iStockphoto*